

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Kein Demonstrationszug auf den Schienen des öffentlichen Verkehrs, Petition an das Bundesministerium für Inneres

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Antrag eh allen Klubs zugegangen ist und, nehme ich an, auch diskutiert worden ist, möchte ich noch einmal kurz zusammenfassen, um was es mir bei dem Antrag geht. Es ist kein Antrag, der sich in irgendeiner Weise gegen ein Versammlungsrecht richtet, wir haben ein sehr liberal gefasstes Versammlungsrecht, es subsumiert sich sehr viel von einem Standl bis zu einem Demonstrationszug, das alles kann man unter Versammlung anmelden, das ist auch gut so. Die Frage ist, und es gibt eben zum Versammlungsrecht extra auch den Hinweis auf den § 82 Abs. 5 Straßenverkehrsordnung, wo die Polizei als annehmende Behörde dieses Vorhabens, eine Versammlung abzuhalten, die Möglichkeit hat, darauf hinzuweisen, dass zwar eine Route gewählt werden kann, dass aber bestimmte Teile einer Straße zu verwenden sind. Und gerade in Graz, wo wir einfach ein Nadelöhr haben zwischen Jakominiplatz und dem Bahnhof, wo alle schienengebunden Straßenbahnen, Fahrzeuge fahren müssen, ist es aus meiner Sicht nicht einsichtig, warum von Seiten der Exekutive, vom Veranstaltungsreferat der Landespolizeidirektion davon nicht Gebrauch gemacht wird. Es sind oft, und ich habe das beobachtet, gerade die Kinder, die zwischen vier und sechs von der Nachmittagsbetreuung kommen und das ist inzwischen zwei Drittel der Kinder, die die Volksschulen besuchen, die stehen einfach, weil eine Demonstration ist, natürlich trifft es auch Erwachsene, aber die sind da eher flexibel, stehen am Hauptplatz und wissen nicht, wohin sie jetzt sollen. Wissen auch nicht, wie lange so etwas dauert, es steht ja nicht, die wird ja kurzfristig dann erst angezeigt, dass kein Schienenverkehr ist, es wird

meistens dann irgendwo eine Haltestelle angegeben, die einem Neunjährigen auch nicht zumutbar ist, dass er jetzt suchen geht, wo der Bus fährt. Ich denke, es ist durchaus im Sinne eines liberalen Versammlungsgesetzes, dass man trotzdem sagt, wenn Sie Esperantoplatz oder vom Bahnhof herunterdemonstrieren, zumindest bis zur Hauptbrücke bis zum Ende verwenden Sie die rechte Fahrbahnseite und nicht die Schienen. Und um nicht mehr und nicht weniger geht es in meinem dringlichen Antrag, weil ich mehrmals versucht habe, auch in Richtung der zuständigen Behörde, Hofrat Lecker beziehungsweise auch Landespolizeidirektor Klamminger, auch das Gespräch zu suchen. Aus ihrer Sicht wollen sie nichts vorschreiben, ist eine mögliche Haltung der Polizei, aber rechtlich ist es durchaus anderes auch möglich und ich denke, die Stadt Graz, die ja froh ist, dass es Leute gibt, die mit dem öffentlichen Verkehr fahren, die aber diese spezielle Situation des Straßenbahnadelöhrs haben, solange jedenfalls, bis wir eine Ausweichstrecke über den Griesplatz Richtung Bahnhof noch zustande bringen, ist in einer Situation, wo die Oberbehörde da zumindest öfter Gebrauch machen sollte. Daher ist mein

d r i n g l i c h e r A n t r a g

gerichtet an das Bundesministerium für Inneres.

Das Bundesministerium für Inneres wird aufgefordert, die Landespolizeidirektion per Erlass anzuweisen, dass im Zuge der Genehmigung von Versammlungen die Freihaltung von wesentlichen Trassen des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs vor allem zum Schutz von Schulkindern zu gewährleisten ist. Ich bitte um Annahme.

Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 15.00 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, geschätzte Zuhörer, lieber Thomas! Danke für den Vorstoß, für deine Initiative, wir unterstützen das natürlich vollinhaltlich. Das ist eine Entlastung für den Verkehr, das ist, so wie du das auch formuliert hast, selbstverständlich ein Beitrag zur Sicherheit für die Kinder, für die Volksschulkinder, die da betroffen sind von irgendwelchen Umleitungen und das ist natürlich auch klarerweise völlig im Sinne der Geschäftsleute, die darunter leiden, wenn hier wegen oft Kleinigkeiten Kundgebungen die halbe Stadt lahmlegen, das ist mit Sicherheit nicht im Sinne eines guten Miteinanders in dieser Stadt und insofern ist das völlig mitzutragen, was du da auch heute beantragst. Es handelt sich hier um eine administrative Angelegenheit und keinesfalls um eine Einschränkung des so wichtigen Demonstrationsrechtes. Das ist uns Freiheitlichen besonders wichtig, wir tragen ja auch die Freiheit in unserem Parteienamen, das heißt, wir stehen kompromisslos für die Grundrechte, die damals erkämpft worden sind, wir stehen kompromisslos für die Versammlungsfreiheit, wir stehen für die Meinungsfreiheit, für Pressefreiheit, für andere Grundfreiheiten, da gibt es mit uns nichts zu diskutieren. Ein bisschen anders sehen es ja, wie wir wissen, die Grünen, die Kommunisten und auch die Vorfeder der Sozialisten, für die gilt das Demonstrations- oder aus Sicht dieser Herrschaften gilt das Demonstrations- oder das Versammlungsrecht ja nicht gleichermaßen für alle, da ist es dann schon einmal auch entsprechend legitim, für missliebige Meinungen auch Blockaden zu veranstalten und man nennt es dann Verharmlosen und auch zivilen Ungehorsam und es ist dann etwas, was gerne auch in Kauf genommen wird. Leider wird es dann oftmals mitunter teuer, vor allem teuer für den Steuerzahler, wenn dann wieder der Antifaschismus sein gewalttätiges Gesicht zeigt. Wir können uns noch alle erinnern an die Demonstration zum Akademikerball, also die Zahlen liegen ja ganz frisch auf dem Tisch, was das auch den Steuerzahler gekostet hat. 141.500 Euro waren die Kosten für den Gesamteinsatz, 248 Polizisten im Einsatz, 14 Festnahmen, Ermittlungen wegen Sachbeschädigungen, Körperverletzung, räuberischer Diebstahl, gefährliche Drohung und andere diverse Verwaltungsdelikte. Ich sage wirklich, es bleibt zu hoffen, dass am Sonntag, wenn der erste Spaziergang der

Pegida stattfindet, und ja auch die Pegida hat selbstverständlich die Möglichkeit zu demonstrieren, dass es dann in Graz ruhig bleibt, dass uns dieser antifaschistischer Spuk auch erspart bleibt (*Applaus FPÖ*). Ein bisschen Zweifel habe ich, weil wenn ich schaue, dass das Ende der Gegendemonstration im selben Moment zum selben Zeitpunkt auch ist wie der Beginn der Kundgebung, dann habe ich da so meine Zweifel und ich frage da auch in den Raum hinein, ob das Zufall sein kann. Ich möchte auch an den Herrn Gemeinderat Krotzer von dieser Stelle appellieren, weil er sich ja auch medial so ein bisschen als Mastermind und Initiator dieser Gegendemonstration geriert, auf seine Antiverheldung und auch auf die österreichische Hochschülerschaft, die da anscheinend wieder einmal ein bisschen ÖH-Gelder zweckentfremdet, einzuwirken, dass es eben nicht wieder zu diesen Szenen in Graz kommt, dass nicht wieder alles kurz und klein geschlagen wird, dass auf Frauen losgegangen wird, dass unbeteiligte bespuckt werden, das wäre wirklich mein Appell, weil ich möchte Graz und ich möchte auch uns im Gemeinderat ersparen, dass dann wieder die Frau Gemeinderätin Grabe herauskommt und davon erzählt, dass ein paar brennende Mistkübel und eingeschlagene Scheiben nur harmlos sind. Also das möchte ich uns wirklich ersparen und deswegen der Appell auch in diese Richtung (*Applaus FPÖ*). Abschließend, ich glaube, wir sollten nachdenken, dass wäre auch im Übrigen eine Petition wert, dass diejenigen, die diese Kosten auch verursachen, und zwar, weil sie das Versammlungsrecht missbrauchen, dass die dann, wenn diese Kosten auch entstehen, entsprechend zur Verantwortung gezogen werden. Wir nehmen den Antrag selbstverständlich in Inhalt und Dringlichkeit an (*Applaus FPÖ*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Bevor ich jetzt bei der Rednerliste weitermache, begrüße ich den Bezirksvorsteher außer Dienst Franz Schwarzl auf der Galerie (*allgemeiner Applaus*). Es ist auch eine Delegation aus Bochum hier, auch herzlich Grüß Gott (*allgemeiner Applaus*).

GR. **Luttenberger:** Sehr geehrte Damen und Herren! Also ich möchte mich auf den Antrag beziehen, den der Thomas Rajakovics gestellt hat und nicht gleich irgendwelche Rundumschläge machen in alle Richtungen, sondern wir persönlich werden diesem Antrag die Dringlichkeit absprechen. Jetzt werden Sie denken, eh klar, aber ich möchte gerne dem Thomas eines sagen, er ist selber ein alter Profi und hat vieles schon in seiner beruflichen und in seinem sozialen Leben mitgemacht. Ich kann da sehr wohl sagen, warum die Polizei da nicht reagiert. Also ich habe mit dem Armin Sippel, das ist muss ich direkt erzählen, ich habe mit dem Armin Sippel jetzt gemeinsam den Lehrgang Parlamentarismus und Landespolitik gemacht, den haben wir fertiggemacht und da haben wir wahnsinnig viel über die Bundesverfassung gehört. Und jetzt komme ich zum Punkt, das geht auch deswegen nicht, weil da könnt ihr bei der Polizei anrufen, was ihr wollte, aber wenn ich der Polizeikommandant bin, muss ich mich der Bundesverfassung beugen und da steht was drinnen von der Versammlungsfreiheit, da steht drinnen, dass jeder Mensch, jeder Bürger, jede Bürgerin, jede politische Gruppierung das Recht auf eine Demonstration hat und deswegen werden sich die hüten, das sogleich aufzugreifen und erlaubt mir einen geschichtlichen Schlenkerer. 1848 waren es die Bürgerlichen, die Vorläufer der ÖVP und der FPÖ, die gekämpft haben auf den Barrikaden unter anderem von Wien, dass es diese Versammlungsfreiheit gibt, da habt ihr Recht, also da glaube ich, da bin ich richtig. Übrigens war es dann die Sozialdemokratie, die es geschafft hat, dieses Demonstrations- und Versammlungsrecht durchzusetzen. Und in der 1. Republik war es der Hans Kelsen mit seiner Verfassung, der das alles hineingeschrieben hat. Und das gilt auch heute noch. Und alle, die Demonstrationen veranstaltet, haben, ihr wisst ja, wie das geht, da muss man zuerst ein Komitee gründen, dann muss man mit der Polizei reden, die Polizei fragt einmal gleich, wieviel Leute kommen denn da, was ist denn der Inhalt dieser Demonstration? Ein Durchschlag geht an den Verfassungsschutz, das ist

ja auch nicht so und dann geht es los und ich habe oft bei Kundgebungen und Demonstrationen erlebt, wenn viele Leute waren, selbstverständlich nimmt man da den Platz. Ich möchte bei einer Demonstration meine Anliegen einer möglichst breiten Bevölkerung darlegen, ich will ja nicht bei der Murpromenade herumschleichen und wenn es weniger Teilnehmer gibt, das sieht man ja auch dann, dann war es oft so, auch in Graz, dass die Polizei und die Veranstalter selber gesagt haben, da gehen wir auf der Seite, gehen zu dem Platz, wo die Abschlusskundgebung ist und dann machen wir sie und deswegen verstehe ich das nicht ganz. Und das ist auch der Grund, sehr geehrte Damen und Herren, warum wir dem jetzt nicht die Dringlichkeit geben. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe KollegInnen, lieber Kurt! Thomas, ich unterstelle dir nichts Böses mit deinem Antrag, ich glaube, das ist schon ein hehres Ziel, sich für die Kinder Sorgen zu machen, aber es ist eine 150-jährige Tradition, die im Stadtgrundgesetz eingetragen ist, diese Versammlungsfreiheit und die soll man gut schützen in unserer Demokratie. Es ist ein wirkliches hehres Gut, das wir nicht jetzt, weil es vielleicht, wie die GVB gesagt hat, sind 15 Demos im Jahr, 15 Demonstrationen im Jahr, und da wollen wir so ein Grundrecht uns ein bisschen abschneiden lassen. Ich glaube, das wäre nicht ein gutes Ding an unserer Demokratie. Ich glaube, dass man etwas, was man, eben wie der Kollege Luttenberger schon gesagt hat, schwer erkämpft hat, nicht in Frage stellen sollte. Ich glaube, das Problem ist vielleicht ein verkehrstechnisches, also öffentlich verkehrstechnisches Problem, das man vielleicht anders lösen kann und für mich sind sie eigentlich in dem Europäischen Menschenrecht verankert, dass alle Menschen das Recht haben zu demonstrieren und ich bin auch der Meinung, wie der Kurt sagt, die Demonstration heißt, sich zeigen; wir wollen uns ja dort zeigen, wo die Menschen sind und nicht irgendwo, in irgendwelchen Tunnels oder in irgendwelchen abgeschlossenen Räumen. Also das ist unser Auftrag als Demokraten

und als Republikaner, dass wir da auftreten. Also insofern werden wir dem Antrag von Thomas nicht die Dringlichkeit anerkennen und natürlich inhaltlich auch nicht. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Grossmann: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der BesucherInnengalerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Thomas Rajakovics! Wir haben ja auch schon im Vorfeld kurz über diesen Antrag gemeinsam gesprochen. Ich schätze deinen Pragmatismus, ich lese deinen Antrag auch als einen Beitrag zu einer pragmatischen Sichtweise. Das ist durchaus wertschätzend zu erwähnen. Wir haben sehr intensiv über diesen Antrag diskutiert und haben uns sehr intensiv damit auseinandergesetzt und haben uns zu einer Grundhaltung bekannt und dann höre ich die erste Wortmeldung zu deinem Antrag vom Herrn Klubobmann Sippel. Und wir fühlen uns in unserer Grundhaltung bestätigt, denn die Befürchtung, dass dieser Antrag nicht als pragmatisch gewertet werden könnte, sondern dass dieser Antrag ein ganz anderes politisches Zeichen nach außen senden könnte, nämlich, dass die Stadt Graz meint, dass Demonstrations- und Versammlungsrecht nicht mehr zu den unverrückbaren Grundrechten unserer Demokratie und unserer Republik zählen könnten, steht in diesem Zusammenhang bedauerlicherweise im Vordergrund und wenn ich die Wortmeldung von Klubobmann Sippel höre, dann fühlen wir uns auch, das muss ich ganz und in aller Deutlichkeit sagen, in dieser Grundhaltung und in dieser Einschätzung zum Antrag mehr als bestätigt und deshalb werden wir, so wie die Fraktionen vorher, auch der Dringlichkeit dieses Antrages nicht die Zustimmung erteilen (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR. Rajakovics: In dem Fall werde ich ein Abschlusswort nützen, wobei ich nicht genau mitgezählt habe schon, wie es ausgehen könnte. Ich möchte jetzt nur noch einmal klarstellen, ich finde es interessant, ich habe es befürchtet, aber ich habe den Antrag

eigentlich relativ auch im Motivenbericht relativ klar ausformuliert, sogar die Paragraphen dazugeschrieben, um die es geht, welche Möglichkeiten hat die Polizei im Rahmen des liberalen Versammlungsrechts, an dem keiner rüttelt, sicherzustellen, dass der wesentliche Verkehrsstrom in einer Stadt gesichert ist und es gibt sogar Erkenntnisse, die ausdrücklich darauf abzielen, dass das Freihalten von solchen Flächen dann gewährleistet werden muss, wenn nicht inhaltlich die Demonstration etwas mit Verkehr, Luftgüte und Ähnlichem zu tun hat, habe ich extra reingeschrieben, bei der Inntalautobahn hat die Polizei es genehmigt, weil der Inhalt war ja der Verkehr, da kann ich die ganze Autobahn sperren. Es ist nicht so, dass automatisch auf der Inntalautobahn eine Demonstration stattfinden kann, nur weil ich lustig bin, aber wenn es um den Verkehr geht, kann ich es machen. In Graz, wenn jemand demonstriert gegen den Autoverkehr, als gegen den Autoverkehr wäre es ungünstig, wenn er die Straßenbahnen blockiert, aber dann wäre die Fahrbahn noch besser, aber für gute Luft oder was auch immer habe ich kein Problem damit, dass man sagt, dann soll es auf der Straßenbahnschiene stattfinden, aber wenn ich für die Rechte Kurdistan oder Ähnliches demonstriere, dann sehe ich nicht ein, warum ich die Fahrbahn, die Annenstraße ist rechts, seit wir sie umgebaut haben, breit genug, dass wir auf der Annenstraße rechts Gehsteig, Fahrbahn nutzen, den Demonstrationzug hinunterschicken und nebenbei trotzdem die Straßenbahnen fahren können und zwar zum Schutz derer, die auf diese Straßenbahnen angewiesen sind und vielleicht auch zu Erleichterung derer, die nach einem harten Arbeitstag auch ganz gerne mit der Straßenbahn wieder heimkommen täten. Da nehme ich niemandem ein Recht auf Versammlungsfreiheit, ich nehme niemandem den Inhalt, ich tue nicht einmal die Route ändern, das Einzige, was ich ändere, ist, dass sie nicht mitten auf der Straße gehe, sondern links oder rechts. Aber bitte, ich hoffe trotz allem, dass wir eine Mehrheit dafür bekommen, weil ich sehe es, ich komme natürlich genau aus diesem Gebiet, wo das immer wieder stattfindet, ich sehe es wirklich als sehr problematisch und ich glaube auch, dass viele in Graz dafür, bei allem Respekt vor der

Versammlungsfreiheit, für diese Vorgangsweise wenig Verständnis haben (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ und Grüne) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ und Grüne) angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.15 Uhr den Vorsitz.

2) Variobahn

GR.ⁱⁿ **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Variobahn beschäftigt uns ja schon, ich möchte fast sagen, ein Leben lang, aber zumindest sehr, sehr lange. 45 neue Straßenbahnen wurden im Jahr 2007 von der Graz AG der heutigen Holding Graz um zirka 100 Millionen Euro bestellt. Die Ausschreibung dieser Bestellung sorgte bereits damals für Aufregung. Warum kam gerade die Firma Stadler und nicht die Siemens vor Ort zum Zug, hieß es damals.

Der Stadtrechnungshof wurde schon vor der Lieferung der ersten Straßenbahnen mit einer Prüfung beauftragt. Damals ging es um die Ausschreibung und die

Auftragsvergabe. Der damalige Bestbieter kam zum Zug, was auch von den Prüfern als ordnungsgemäß bestätigt wurde.

Ob aus heutiger Sicht noch immer von einem Bestbieter gesprochen werden kann, darf in der Zwischenzeit bezweifelt werden.

Warum wurden alle 45 Straßenbahnen ohne einen entsprechenden Probetrieb in Graz auf einmal bestellt und warum hat man sich – nach Bekanntwerden der Probleme durch die extreme Erschütterung – nicht von der Variobahn verabschiedet? Das sind Fragen, die stellen sich nicht nur viele Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, sondern auch viele Grazer und Grazerinnen.

Seit April 2010 ist die Variobahn in Graz im Einsatz. Mit viel Publicity, kann ich mich noch erinnern, am Bahnhof und viel Marketingaufwand wurde die erste Bahn im März 2010 in Graz begrüßt. Die Erwartungen und die Freude waren groß, wurden aber bald mehr als gedämpft. Bis die ersten gelieferten Bahnen eingesetzt werden konnten, schlugen die Wellen schon hoch. Bereits im April 2010 gab es die ersten Beschwerden von betroffenen Anrainern und Anrainerinnen über Lärm und massive Erschütterungen sowie auch von Fahrgästen über den mangelnden Platz und die mangelnde Ausstattung in der Variobahn. Und mit jeder Streckenausweitung werden es mehr.

AnwohnerInnen haben sich in der Zwischenzeit zu mehreren Bürgerinitiativen zusammengeschlossen und versuchen, gemeinsam mit den Verantwortlichen Lösungen zu finden.

Im Gemeinderat wurde von einzelnen GemeinderätInnen, ich erinnere mich an die Kollegin Bauer, die das damals schon öfter eingebracht hat, immer wieder versucht, das Problem mit der Variobahn zur Sprache zu bringen. Trotz vieler Gutachten von ExpertInnen von beiden Seiten, also von Seiten der Bürgerinitiativen und auch von Seiten der Holding, trotz zwei Prüfungen durch den Stadtrechnungshof und eines

Maßnahmenkataloges von Seiten der Graz Linien kann das Problem scheinbar bis heute nicht gelöst werden. Da hilft es auch nicht, wenn die zuständige Vorstandsdirektorin der Graz Linien das Problem einfach für gelöst erklärt.

Die Informationen darüber, was Sache ist, sind auch für den Gemeinderat meiner Meinung nach unzureichend. Als Gemeinderäte und Gemeinderätinnen werden wir immer wieder mit vielen Fragen von Seiten der Bürger und Bürgerinnen konfrontiert, die wir einfach nicht beantworten können.

Beim letzten BürgerInnenforum von „Mehr Zeit für Graz“ am 11. März dieses Jahres haben die Initiativen aber einen Hilferuf an die Politik gerichtet. Diesen Hilferuf dürfen wir einfach nicht ungehört lassen.

Wenn es Möglichkeiten gibt, Verbesserungen zu umzusetzen, müssen wir alles dafür tun, um die Lebensqualität der Menschen in der Stadt zu erhalten.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Beteiligungsreferent und der zuständige Stadtrat für Verkehr werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Holding Graz einen umfassenden Informationsbericht zum Thema Variobahn zu erstellen und diesen dem Gemeinderat bis spätestens Juni 2015 vorzulegen. Dabei sollten folgende Fragen im Speziellen beantwortet werden:

1. Bis wann werden alle 45 Variobahnen geliefert und im vollen Einsatz sein?
2. Welche Maßnahmen wurden bis jetzt getätigt und sind noch geplant, um die von den BürgerInnen seit 2010 angesprochenen Probleme in den Griff zu bekommen?
3. Wie hoch sind die bisherigen Kosten für jene Maßnahmen, die zusätzlich getätigt werden mussten?

4. Wieviel wurde bis jetzt an die Firma Stadler Pankow bezahlt und gab es auf Grund der technischen Probleme zu Beginn und der Verzögerungen Preisnachlässe beziehungsweise wurde darüber verhandelt und mit welchem Ergebnis?
5. Wurde ein Ausstieg aus dem Kaufvertrag, den ja auch unser Herr Bürgermeister schon einmal in den Mund genommen hat, jemals in Betracht gezogen und warum war das nicht möglich?
6. Gibt es Untersuchungen darüber, welche Auswirkungen die geplanten Mittelteile für die Variobahn in Bezug auf Lärm, Erschütterungen und auf unser Schienennetz haben werden? Ist mit einer Verschlechterung der Situation und mit zusätzlichen Kosten zu rechnen?
7. Sind die Mittelteile bereits Bestandteil des Vertrages über den Ankauf der Variobahnen beziehungsweise gibt es dazu andere Optionen und bis wann wird in der Holding darüber entschieden werden?

Mir wären natürlich noch viele, viele Punkte eingefallen, aber ich möchte mich hier doch beschränken. Es sind eine ganze Menge, das war es (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und werte Kollegen, liebe Ina! Ich war etwas verwundert, wie ich den Antrag gelesen habe, nicht die Überschrift, dass die Variobahn das Thema ist, sondern wie ich die Fragen gelesen habe, da war ich ein bisschen verwirrt und du weißt, ich schätze dich sehr, dann habe ich mir gedacht, vielleicht warst du ein bisschen verwirrt bei der Fragenstellung. Dann habe ich ein bisschen nachgeschaut, weil wir haben einen Prüfbericht gehabt im Jahr 2011, 2012 haben wir das intensiv im Kontrollausschuss diskutiert, da war ich Vorsitzende im Kontrollausschuss, du warst die Stellvertreterin, wir haben viele Fragen da abgearbeitet. Die Fragen, die da genannt werden oder angeführt sind, die haben wir in verschiedenen Gremien, in verschiedenen

Konstellation, ob im Kontrollausschuss, ob im Gemeinderat, auch ich habe Anfragen dazu gemacht, mehr oder weniger abgearbeitet. Das Schlimme daran war, dass man eigentlich mit diesen Fragen zum Pudels Kern nicht kommen, nämlich eine Verbesserung, die spürbar ist und nachweisbar. Und des Pudels Kern liegt einfach dort, dass diese Bahn schwer ist, dass sie eine andere Technik hat und dass die Stadt in ihrer Konstellation, Bodenbeschaffenheit so ausschaut, wie sie ausschaut und irgendwo da passt das einfach nicht zusammen und diese Vibrationen und Schwingungen, die kriegen wir nicht weg mit Fragen wie sie hier gestellt sind. Obwohl wir auch dem Antrag zustimmen, aber ich muss trotzdem hier auf des Pudels Kern hinweisen. Die Lösung ist einfach: sie fährt langsamer oder wir bauen irgendwelche Luftpolster ein, dass eben nicht so schwer nach unten drückt, das wären Möglichkeiten. Die Knackpunkte in der Vergangenheit wären gewesen die Ausschreibungskriterien, die wollten wir auch hinterfragen, dann ist die Amtsverschwiegenheit dahergekommen oder auch die Verschwiegenheit und Verpflichtung, nicht einmal im Kontrollausschuss wurde uns seitens der Holding das berichtet. Da sind wir nicht weitergekommen, also ich glaube, in den Ausschreibungskriterien, das wissen wir, dass andere Städte die Vibration mitgenommen hat in die Ausschreibung hinein, in Graz wurde sie nicht berücksichtigt. Gut, aber das ist jetzt auch ein Punkt, dann die technische Verbesserung, das war dann der nächste Punkt, kann man etwas technisch erweitern, verbessern? Da ist einiges gemacht, da wäre ein Ansatzpunkt jetzt, da zu fragen, ist all das, was in einzelnen Gutachten, es gibt viele Gutachten, es gibt Gesundheitsgutachten, es gibt technische Gutachten, es gibt viele, viele Messungen und ich denke, es müsste jetzt einmal hergelegt werden, wo wurde welche Messung gemacht und was wurde zur Verbesserung vorgeschlagen und was wurde davon umgesetzt. Dann würden wir jetzt einmal sehen, was hat es wirklich gebracht und die wirkliche Herausforderung liegt nämlich nicht nur beispielsweise in einer Schienenverbesserung, weil dann werden alle Bahnen besser, man muss die Relation Variobahn zu City Runner exorbitant verbessern, damit es eine spürbare Verbesserung ist für die Anrainerinnen und Anrainer. Da ist auch ein Pudels Kern drinnen und des dritten Pudels Kern liegt dort,

wer ist verantwortlich? Ich habe einmal, Herr Bürgermeister, ich habe heute sogar mit, kann es zeigen, Sie haben ein einziges Mal haben Sie sich zu Wort gemeldet und haben gesagt, mir reicht es, wenn man das nicht bessern kann und verbessern kann, dann müssen wir schauen, dass wir zur Auflösung des Vertrages kommen. Das war ein einziges Mal, dass das aufgeflackert ist, wir haben es zwar dann weiterdiskutiert, aber wo ist die Verantwortung, wer kann diese Antwort wirklich geben und ich glaube, das können nur Sie und sonst in dieser Stadt niemand. Das eine ist, alles hinlegen, was kann man wirklich besser machen, wie kann man die Relationen der Bahnen untereinander verbessern und die Verantwortung, wer kann das machen, Herr Bürgermeister, in meinen Augen sind das Sie und sonst kann das in diesem Hause und in dieser Stadt niemand und überprüfen sollte man, ist das eingehalten worden, was ursprünglich versprochen worden ist? Ich habe die Presseaussendung von der Ausschreibung, dass es die billigste ist, dass es die beste ist und das sollte man wirklich einmal überprüfen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr verehrte Antragstellerin! Wir Freiheitliche werden auch dem Antrag zustimmen, wohl wissend, Kollegin Bauer hat es schon ausgeführt, die Fakten liegen ja vor. In der Holding ist das schon in der Vergangenheit beantwortet worden, ich habe da auch ein Konvolut da, also diese Fragen sind ja alle bereits beantwortet worden. Wir werden es natürlich noch einmal an die Holding zur Überprüfung schicken. Wir Freiheitliche hätten aber gerne eine achte Frage gestellt, das haben wir auch an die KPÖ in der Früh herangetragen, da war es dann leider nicht mehr möglich, dass die Kommunisten das raufnehmen und zwar zeigt sich auch hier, dass der Pakt von Schwarz/Rot und Kommunisten hält, also diese Frage war dann doch unangenehm, aber wir werden diese Frage auch zum Bestandteil eines Prüfungsauftrages an den Stadtrechnungshof machen. Aber ich stelle die Frage schon heute. Im Zuge des Beschaffungsvorgangs

haben Bürgerinitiativen auch die zweifelhafte Rolle der Werbeagentur des Bürgermeisters moniert, zumal diese auch im Vorfeld für die Firma Stadler tätig war. Es geht daher die Frage, war die Werbeagentur des Grazer Bürgermeisters beziehungsweise waren Mitarbeiter dieser Agentur als Einzelpersonen in den Beschaffungsvorgang involviert (*Applaus FPÖ*)?

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** zum Antrag: Der Bericht ist gewünscht und der Bericht wird selbstverständlich gemacht. Möchte aber auch gerne ein paar Bemerkungen dazu abgeben. Ich denke, dass es wahrscheinlich in Österreich keine Ausschreibung gegeben hat, bei der auch im Nachhinein so viel untersucht, so viele Studien angefertigt worden sind, so viele Überprüfungen gemacht worden sind und eigentlich muss man dazu sagen, hätten wir die Dringlichkeit natürlich auch ablehnen können, weil die Standpunkte zu den sieben Fragen bis auf wenige Details klar sind und schon oft von der Holding gegeben worden sind. Ich möchte nur auf ein paar Dinge eingehen, das ist einmal klar und auch genehmigt, dass im Zuge des Genehmigungsverfahrens die Behörde selbstverständlich nach dem Österreichischen Eisenbahnrecht, dazu gibt es ÖNORMEN, diese Straßenbahn überprüft hat hinsichtlich aller Kriterien, die da drinnen sind und diesen Bescheid hat natürlich nicht die Holding gemacht, sondern die haben die Behörden gemacht im Land und in Wien und diese Bescheide sind alle positiv für die Variobahn ausgegangen. Also das eine ist einmal wichtig festzuhalten. Weiters ist wichtig festzuhalten, dass dann aufgrund der Beschwerden ja eine eigene Grazer Expertengruppe unter der Leitung von Prof. Rießberger das sogenannte Grazer Rad entwickelt hat, mit der die Variobahn jetzt ausgestattet sind und diese Verbesserungen sind in der Werkstätte von der Holding durchgeführt worden von Stadler, das hat die

Holding meines Wissens keinen einzigen Euro gekostet, außer der Zurverfügungstellung eben des Platzes in der Werkstätte und der Werkstätteneinrichtungen, die Personalkosten von Stadler sind dort bezahlt worden. Es gibt mindestens einen, wenn nicht zwei, aber jedenfalls einen Rechnungshofbericht, in dem der Rechnungshof da bestätigt, dass die Ausschreibung und alles ok ist und jedenfalls richtig durchgeführt worden ist. Trotzdem gibt es die Unzufriedenheit, es ist unübersehbar. Ich wollte noch gerne auf den Beschaffungsvorgang irgendwie kurz eingehen. Als die Variobahn angeschafft wurde, war die Holding eine Aktiengesellschaft und solange die Holding eine Aktiengesellschaft war, sind diese Entscheidungen eine Entscheidung der Geschäftsführung des Aufsichtsrates gewesen. Zum damaligen Zeitpunkt saß kein Stadtrat, weder Bürgermeister noch Lisa Rücker, wer auch immer, im Aufsichtsrat, aber das war mit ein Anlass, dass wir in der Reform „Haus Graz neu ordnen“ gesagt haben, dass solche Entscheidungen in den Gemeinderat gehören und würde diese Entscheidung heute getroffen werden, dann wäre das eine Angelegenheit der Generalversammlung der Holding und die Stimmrechtsermächtigung für die Vertreter der Stadt in der Generalversammlung würde hier ergehen. Das ist schon ein wesentlicher Unterschied und es gäbe noch einige weitere Bemerkungen, ich wollte nur noch eines am Ende noch sagen, es hat viele Bewerber gegeben um diesen Auftrag, unter anderem haben auch Städte in Osteuropa sich beworben mit irgendwelchen Straßenbahnzügen und ich habe hier eine Bilderzusammenstellung, vielleicht sieht das jemand, das ist aus der Stadt Kiew, dann gibt es auch Eisenbahnen aus der Stadt Lemberg oder das der Stadt Prag, das sind aus guten ehemaligen kommunistischen Städten, Moskau, die haben sich alle... die sind aber leider bei der Bewerbung dann nicht zum Zug gekommen, das was dann doch die Stadler-Bahn (Applaus ÖVP).

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem ich unmittelbar angesprochen wurde von der Frau Gemeinderätin Susanne Bauer, wer denn die Verantwortung für die Anschaffung dieser Straßenbahnen...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Bauer: Nicht für die Verantwortung, für die Verbesserung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Fangen wir vielleicht an mit der Verantwortung, es gab ja, soweit ich das noch in Erinnerung habe, nicht nur unseren eigenen Rechnungshof, sondern in dem Augenblick, wie Siemens damals ausgeschieden werden musste aufgrund europäischer Vorgaben bei diesem Prozess, gab es ja sofort eine Bundesrechnungshofprüfung, etwas was ich selten erlebt habe in meinem Leben, dass wir noch nicht einmal entschieden gehabt haben, nur durch das Ausscheiden von der Firma Siemens kam der Bundesrechnungshof nach Graz und hat sofort gesagt, das überprüfen wir. Auch diese Prüfung hat ergeben, dass alles korrekt über die Bühne gegangen ist, zuständig war damals für die Beteiligungen der Wolfgang Riedler, wir hatten einen Aufsichtsrat, wir hatten noch eine Aktiengesellschaft und die Verantwortung für diesen Kauf, wenn ich so sagen darf, müssen auch die damalige Geschäftsführung und die damaligen Aufsichtsräte tragen. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir jetzt neue Straßenbahnen bestellen mussten, weil der City Runner, weil mit dem Stadtrat für Finanzen haben wir damals die City Runner gekauft, was Optimales war. Da konnte man, wenn ich so sagen darf, noch individuell bestellen, jetzt war eh schon das Problem, wir müssen von der Stange kaufen und das bedeutet auch andere Abstände nach außen, neue rechtliche Rahmenbedingungen, wir wollten endlich klimatisierte Fahrzeuge, wir haben neue Aufbauten, eine neue Gewichtsklasse damit erreicht und

ich sitze ja mit meinem Büro hier am Eck im Rathaus direkt an der Stelle, wo die meisten Straßenbahnen jeden Tag vorbeifahren. Falls sich jemand einmal erkundigt hat, es sind in etwa in der Herrengasse in beide Richtungen 1600 Straßenbahnzüge, über denen ich, wenn ich so sagen darf, fast unmittelbar sitze. Ich habe es mir in den letzten Jahren fast zum Sport und Spaß gemacht, einmal herauszuhören und herauszuspüren, wenn eine Straßenbahn vorbeifährt, die ein bisschen mehr rumpelt, welche das ist. Es ist nicht immer die Variobahn, sondern gehst einmal zum Fenster und schaust, wer war denn das jetzt, weil natürlich unterschiedliche, heute zum Beispiel habe ich das wieder bewusst gemacht, weil ich gewusst habe, wir werden darüber, diskutieren, heute sind, ich weiß nicht, wie viele 100 Variobahnen vorbeigefahren, ohne dass ich nur irgendwas wahrgenommen habe, vor wenigen Tagen war es ganz schlecht, weil da müssen Steine drinnen gewesen sein, es geht auch um das Reinigen von den Schienen. Wenn zum Beispiel Steine drinnen sind, schaut die Geschichte ganz anders aus, also da gilt es, einen laufenden Reinigungs- und Verbesserungsprozess anzustreben. Darum hat unsere Holding sehr, sehr viel gemacht. Wir haben, Gott sei Dank, auch bei unseren Linien Mitarbeiter, die in der Lage sind, an allen Straßenbahnen, es ist wurscht, welchen Typ wir gekauft haben, laufend Verbesserungen vorzunehmen. Deshalb ist es auch in Ordnung, dass wir wieder einmal nachfragen, Frau Bergmann, was kostet denn das, wie geht das mit den Rädern weiter, das ist ein laufender Prozess der Verbesserungen, die unsere MitarbeiterInnen, vor allem unsere Mitarbeiter, dort durchführen, es sind meistens Männer, die da auch dran arbeiten, deswegen ist das auch gut, wenn wir uns wieder damit beschäftigen. Aber es soll niemand glauben, und das habe ich auch einigen Damen und Herren, es gibt eine hohe Zufriedenheit, auch das wurde schon abgefragt und es gibt natürlich auch immer Probleme und da hat die Frau Susanne Bauer heute auch was ganz Wichtiges gesagt. Ich glaube, es liegt weniger am Schienenfahrzeug als an der Bodenbeschaffenheit, was ja bei manchen Überprüfungen und bei manchen Sanierungen auch schon ans Tageslicht getreten ist. Wenn der Untergrund für schwerere Tonnagen plötzlich Erschütterungen ergibt, wirst du die nicht wegstücken. Es ist auch überprüft worden, ob wir aussteigen können, auch

da haben alle Juristen, die wir in der Holding beschäftigt haben, gesagt, ist undenkbar. Aus dem Grund gab es auch kein Aussteigen aus den Verträgen und das wollte ich heute nur noch einmal auch sehr intensiv da sagen, es gibt endlich auch Straßenbahnen, mit denen sehr viele Menschen zufrieden sind, Einstiegshöhen etc., wir haben die ersetzt, 40 von 45 Straßenbahnen sind meines Wissens nach schon ausgeliefert und soweit ich auch weiß, haben wir in allen Diskussionen immer gesagt, wenn schon Mittelteile kommen, dann kann ich mir schwer vorstellen, dass man ausgerechnet die Variobahn um einen Mittelteil verlängern, weil das würde die Gewichte der Variobahn noch einmal erhöhen, also macht es, wenn wir schon über Mittelteilergänzungen sprechen, wahrscheinlich mehr Sinn, die bei den City Runnern, oder bei noch älteren Modellen wahrscheinlich auch nicht, wahrscheinlich ist der City Runner dann das geeignetste Modell, weil man einfach die Gewichte da nicht zustande bringt. Das ist das, was mir dazu einfällt. Es wird eine Unzufriedenheit bei manchen Persönlichkeiten geben, ich glaube aber auch nicht, dass unsere Holding jemals diese Fahrzeuge zurückgeben kann oder wir sie nicht mehr im Einsatz haben werden. Es ist immerhin die größte Investition in die Fahrzeuge, die wir seit vielen, vielen Jahrzehnten in der Dimension gehabt haben, schade, dass auch einige Bürgerinnen und Bürger an manchen Hausecken wirkliche Probleme haben, aber ich würde auch da nicht unterstellen, dass die ■■■■■ und ihr Team nicht wirklich dahinter sind, das zu verbessern. Manche Dinge, zaubern können sie auch nicht, das wird wahrscheinlich auch so bleiben, aber ich freue mich schon, dass es uns auch gemeinsam gelungen ist, fast 100 Millionen Euro zu investieren, weil das was Gerhard Rüscher hergezeigt hat, ist ein bisschen ein Schmankerl, aber es zeigt schon auf, wie in anderen Städten Europas die Schienenfahrzeuge beieinander sind und wir haben schon endlich unsere klimatisierten Fahrzeuge, wir haben diese Variobahnen jetzt im Einsatz und wie gesagt, ich kann nur aus meinen persönlichen Beobachtungen jeden Tag sagen, ich kann das nicht feststellen, was manche in der Dimension spüren, wie wir es da haben. Aber es gibt eben ein paar Kreuzungen, wo Erschütterungen stärker vorkommen als am Hauptplatz. Das ist meine Stellungnahme dazu (*Applaus ÖVP*). Ich bin gerne noch

einmal bereit, noch einmal nachzubohren, wahrscheinlich ist es gescheit, wenn der Antrag jetzt durchgeht und es wird ein einstimmiger sein, so wie es aussieht, dann werden wir wieder einen Bericht haben und dann soll uns die Holding gerne auch da einmal unmittelbar im Gemeinderatssaal berichten, wäre auch ein Vorschlag.

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Ich möchte doch auf einige Dinge jetzt antworten und zwar zur Kollegin Bauer. Also du kannst sicher sein, dass ich diesen Prüfbericht auch gestern noch einmal gelesen habe. Diese Fragen, die hier auftauchen, die hat damals 2010 und 2012 ja gar keiner beantworten können, weil diese Dinge ja damals noch gar nicht so herangereift sind. Was die Ausschreibung betrifft, hat der Stadtrechnungshof eindeutig festgelegt, dass hier alles ordnungsgemäß über die Bühne gegangen ist, das steht im Antrag drinnen. Das ist auch nicht das Thema hier für mich. Es hat aber damals im Kontrollausschuss eine große Diskussion über diese Mittelteile gegeben und genau über diese technische Umsetzung und das ist bisher über den Gemeinderat... es ist noch keine Entscheidung gefallen und ich denke, der Herr Bürgermeister, bin sehr dankbar, dass Sie das gesagt haben, also ich stelle mir auch die Frage die Variobahn mit den Mittelteilen auch noch dieses Gewicht, also kann ich mir nicht vorstellen. Aber wir wissen, dass diese Mittelteile jetzt im Gespräch sind, zumindest ist das zu mir so vorgedrungen und deswegen hätten wir schon gerne einen Bericht, wie da jetzt weitergegangen werden soll. Zur FPÖ, also euer Antrag ist gekommen um 12.23 Uhr, hat man mir jetzt gerade vom Büro gesagt, ist das bei uns eingelangt. Allerdings möchten wir uns hier auch nicht auf irgendwelche politischen Spielchen einlassen, wir möchten einfach einen korrekten Informationsbericht für den Gemeinderat haben. Was aber für mich schon auch eine Frage ist, wir haben heute den Rechnungsabschluss, wir haben über das Budget, wir haben über Mittelfristplanung gesprochen, es ist für mich nicht unwesentlich. Der Herr Bürgermeister hat heute gesagt, es ist die größte Anschaffung seit Jahrzehnten, die die Stadt Graz hier getätigt hat. Hat es aufgrund

dieser Problematiken wirklich zusätzliche Kosten gegeben? Ich denke, das wäre sicher nicht uninteressant für alle hier. Und eines muss uns auch klar sein, wenn die Maßnahmen, wenn wir an die Grenze schon gekommen sind, was machbar ist, dann müssen wir das hier auch eindeutig sagen, dann muss aber der Bevölkerung auch reiner Wein eingeschenkt werden und so, passt auf, so viel haben wir gemacht, das ist die Sache und mit dem müssen wir leben. Ich glaube, diese Verantwortung haben wir in diesem Raum hier, dass wir das hier dann endlich einmal, wie sagt der Herr Bürgermeister immer, Tacheles reden. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, ganz wichtig für den Fall, dass es zur Anschaffung der Mittelteile kommen sollte, geht das natürlich auch durch das Gremium, das wir eingerichtet haben. Das heißt, es ist natürlich auch der Gemeinderat, wenn ich so sagen darf, miteinbezogen. Es ist auch nicht ganz so einfach, öffentlich gleich zu sagen, ja wenn es die Variobahnen nicht mehr werden kann, dann muss es der City Runner werden, weil die Preise sind, soweit ich da Informationen bekommen habe, auch ordentliche Preise, also müssen wir auch schauen, wie wir mit dem Thema umgehen. Ich glaube, es wäre wirklich gescheit, der Bevölkerung habe ich es oft schon gesagt, ich war in Wohnungen, ich habe Menschen gesagt, glauben Sie wirklich, dass wir 45 Straßenbahnen, die wir nicht zurückgeben können, jetzt nicht mehr eingesetzt werden bei uns, das ist undenkbar. Wir tun, was wir können, aber wenn wir auch draufkommen, dass es nicht mehr geht, wird es die Erschütterung dort oder da leider geben, mit dem müssen wir auch leben. Normen hat es gegeben, so ist es ausgeschrieben worden mit den ÖNORMEN, ich glaube nicht, dass da Datenschutz oder sonst was der Fall war. Vorschlag ist, wir haben uns da schon abgesprochen, dass man dann, wenn diese Überprüfung der Fragen jetzt stattgefunden hat, auch die Verantwortlichen der Holding direkt im Gemeinderatssaal einmal einladen, dass sie uns das sagen. Ich glaube, das hat auch die Frau ██████ schon gemacht, indem sie der

Bevölkerung manches Mal gesagt hat, das wird so sein, das hat Sie veranlasst, das heute auch zu zitieren, aber sie hat das nicht böse, sondern ehrlich gemeint. Irgendwann einmal stößt du technisch an deine Grenzen und dann ist es leider so, wie es ist. Verbesserungen sollen sie uns dann noch einmal genau auflisten, sie werden kommen, das haben wir hier schon ausgemacht.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Psychotherapie für erwachsene Suchtkranke auf Krankenschein

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren! In meinem heutigen dringlichen Antrag geht es mir um Psychotherapie für erwachsene Suchtkranke auf Krankenschein und zu diesem Anliegen habe ich ja bereits am 17. Oktober 2013 einen Dringlichen gestellt, Psychotherapie gegen Verrechnung auf Krankenkasse, und ich möchte ganz kurz vorlesen, nachdem es einen Abänderungsantrag seitens der SPÖ gibt, dass dieser Antragstext damals folgendermaßen gelautet hat, um es gleich vorwegzunehmen, gleich wie die Abänderung heute: Die Stadt Graz richtet eine Petition an den Bundesgesetzgeber, damit dieser die Voraussetzungen dafür schafft, dass die Behandlung aller psychisch erkrankten Mitmenschen gegen Kassenverrechnung und ohne lange Wartefristen gewährleistet werden kann.

Heute, wie gesagt, denke ich mir aus gegebenem Anlass, wir wurden angesprochen, das ein bisschen spezieller zu machen in der Hoffnung, dass heute diese Petition durchgeht. Also jedenfalls ist im Allgemeinen die Problematik, was Suchterkrankungen

betrifft, im Steigen begriffen und auch der hohe Prozentsatz der Selbstzahler und Selbstzahlerinnen, NiedriglohnempfängerInnen beziehungsweise derer, die also überhaupt kein Einkommen aufweisen, sind damit in einer großen Problematik.

Auf die Schwierigkeiten einer speziellen Gruppe von Menschen geht es mir also heute. Ich möchte darauf hinweisen, dass eben an Alkoholsucht erkrankte Klienten und Klientinnen in der Einrichtung des Aloisianums in der Herrgottwiesgasse bei uns in Graz die Möglichkeit haben, dass sie dort für die Dauer meistens eines Jahres, mitunter wird ein bisschen verlängert, die Möglichkeit haben, Psychotherapie in der Form der speziellen Suchttherapie von zwei Spezialisten, das sind zwei Therapeuten, zur Verfügung gestellt bekommen.

Nach der Entlassung der Klienten und Klientinnen wäre in fast allen Fällen zur Überbrückung der folgenden schwierigen Zeit eine weiterführende Suchttherapie dringend von Nöten. Zwar gibt es grundsätzlich acht kassenfinanzierte Therapieeinheiten zu Beginn einer Behandlung. Jedoch bekommen die meisten Betroffenen keine Therapie. Dafür gibt es verschiedene Gründe, nämlich schon einmal deswegen, weil zu wenige PsychotherapeutInnen zur Verfügung stehen, was das im Spezielleren bedeutet, könnte man ausführen. Ich möchte mich aus Zeitgründen da jetzt nicht weiter aussprechen. Die Therapien sind somit zeitlich weitgehend ausgebucht, sodass Wartezeiten für die PatientInnen bis zu einem halben Jahr in Kauf genommen werden müssen. Findet der oder die Suchterkrankte keinen voll finanzierten Kassenplatz, müssten die Kosten für sie aus der allgemeinen Psychotherapie selbst übernommen werden, wobei von der GKK 21,90 Euro und von der BVA 40 Euro pro Einheit zurückerstattet werden. Den Betrag von 55 Euro aufwärts zunächst zu erlegen, ist aber für die meisten Betroffenen von vornherein gar nicht möglich. Demzufolge hängen sehr viele dieser betroffenen Damen und Herren nach einer erfolgreichen stationären Suchttherapie völlig in der Luft. Dadurch steigt die Gefahr eines Rückfalls und auch Kosten für die Allgemeinheit.

Bei all diesen Kostenüberlegungen ist zu bedenken, dass bei Rückfällen auf Grund mangelnder Prävention eben diese neuen Kosten erhöht ansteigen. Die flächendeckende kassenfinanzierte Psychotherapie ist eine in Österreich im ASVG, also im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, gesetzlich verankerte Pflichtleistung. Seit 1992 ist sie jedoch bislang, also es ist kein bundesweiter Vertrag überhaupt zustande gekommen, obwohl schon mehrere Schritte, Angriffe in diese Richtung stattgefunden haben und in der Steiermark gibt es einen allgemeinen Kassenzuschuss, der allerdings seit 20 Jahren nicht erhöht wurde.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz richtet eine Petition an den Bundesgesetzgeber, damit dieser die Voraussetzungen dafür schafft, dass die Behandlung für Erwachsene an Sucht Erkrankte durch speziell ausgebildete TherapeutInnen gegen Kassenverrechnung und ohne lange Wartezeiten gewährleistet werden kann.

Ich bitte um Annahme (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe KollegInnen! Ich möchte der Kollegin Heinrichs für ihren Antrag danken, es war mir ein großes Anliegen, dass eben gerade die Psychotherapie für suchterkrankte Menschen, die eine chronische Erkrankung haben, langfristig gesichert ist. Also ich kenne Beispiele aus meiner beruflichen Tätigkeit, wo Menschen langfristig betreut werden können über Jahre, das war in der Drogenberatung in Salzburg, wo ich hinzurückkehren werde in die Stadt, dass diese Menschen wirklich jahrelang von uns begleitet wurden von den PsychotherapeutInnen ohne Kosten, weil das hat das Land damals mitfinanziert. Das war natürlich für die Suchtkranken eine große Errungenschaft aber das ist in der Steiermark anders, die Menschen haben diese Möglichkeit nicht. Das heißt, nach der

Entwöhnungsbehandlung in einer stationären Einrichtung ist dann die Behandlung aus, dann stehen sie vor dem Nichts und das ist die große Gefahr, dass diese Menschen natürlich dem Rückfall preisgegeben werden. Weil jede Suchterkrankung hat ja zwei Komponenten. Das eine ist die psychische Erkrankung, die psychische Suchtkomponente und die andere, die körperliche, wie das bei Alkohol ist. Und das ist natürlich eine große Herausforderung für den Menschen, der jetzt ohne Behandlung dasteht und zu schauen, wie komme ich jetzt mit meinem Leben, mit meinen Konflikten, mit meinen Themen weiter und da ist natürlich ein Rückfall vorprognostiziert sozusagen, dass das entsteht. Ich habe jetzt im Zuge dieses Antrages mit den Kollegen von den Klubs geredet und es gibt einen Abänderungsantrag von den Kollegen der SPÖ, den ich natürlich auch gerne unterstützen würde, aber wo ich mir gedacht habe, und habe mit den Kollegen gesprochen, ob man da nicht einen Zusatzantrag macht, weil das andere Problem ist natürlich viel gravierender auch, das Thema der allgemeinen Psychotherapie. Eigentlich sollte Psychotherapie eine anerkannte Behandlung sein, die auch finanziert wird von den Kassen, ist aber de facto nicht, aber dringlich erscheint mir, dass wir abgesichert haben, dass Suchtkranke, die eine chronische Erkrankung haben, und das muss man sich vor Augen halten, diese Sicherheit haben, sie werden behandelt und es sind eben volkswirtschaftliche Kosten, die wir eigentlich aus Vernunftgründen nicht stehen lassen sollten. Insofern werden wir dem Antrag der KPÖ sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt unterstützen und ich hoffe, dass die Kollegen von der SPÖ sich dazu besinnen und ihren Antrag von einem Abänderungs- in einen Zusatzantrag ändern. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Ich erhoffe mir diesmal Zustimmung, weil es ein wichtiges Anliegen ist. Zustimmung vor allem aus den Reihen der ÖVP. Ich möchte nur eine kurze Geschichte darlegen. Im Jahr 2013, das habe ich schon vorher gesagt, da habe ich die Psychotherapie auf Krankenschein im Allgemeinen gestellt und ich habe mir damals

eigentlich schon ausgerechnet und erhofft, dass die ÖVP zustimmt, weil im Jahr 2009 von den Abgeordneten der ÖVP im Landtag ein diesbezüglicher Antrag eingegangen ist. Damals hat die SPÖ dagegen gestimmt, heute kommt es zu einem Abänderungsantrag oder vielleicht auch nicht. Jedenfalls ist mir dieses Anliegen, so wie es der Kollege Nibaldo gesagt hat, ein ganz wichtiges und ich bitte Sie um Ihre wertvolle Zustimmung, damit wir diese Geschichte auch in Angriff nehmen können. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a (FH) **Brenneis** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Es muss zu diesem Zusatzantrag kommen mit dem Wissen, das wir heute über psychische Erkrankungen haben. Mit dem Wissen, dass wir über die Zusammenhänge zwischen somatischen und psychischen Problemen, Beeinträchtigungen und Beschwerden haben, sollte außer Streit stehen, dass man den Betroffenen adäquate Hilfe zukommen lässt. An der Psyche Erkrankte, die keine Suchtproblematik aufweisen, sind weder weniger behandlungsbedürftig noch haben sie einen geringeren Leidensdruck. Die notwendigen Behandlungen müssen jeder und jedem zugänglich sein. Zugänglich sein heißt dann auch, sich es leisten können, das heißt, es muss eine Finanzierung geben und deshalb stelle ich im Namen der SPÖ den Abänderungsantrag: Die Stadt Graz ersucht per Petition den Bundesgesetzgeber, alle Voraussetzungen zu schaffen, dass medizinisch notwendige psychotherapeutische Behandlungen zukünftig gegen Kassenverrechnung nach dem Sachleistungsprinzip beansprucht werden können.

Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Grüne) abgelehnt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Zweckbindung der Hundeabgabe

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Gäste! Mein Antrag betrifft die Zweckbindung der Hundeabgabe. Vor etwa 14 Tagen hat sich der runde Tisch der Experten getroffen, wie im dringlichen Antrag „Freilaufmöglichkeiten für Hunde“ gefordert worden ist. Experten wie die Tierschutzombudsfrau, der Amtstierarzt, Hundetrainer, der Bezirksjägermeister und da war der allgemeine Tenor, dass eben der Ist-Zustand, die neuen Hundewiesen für das gesamte Stadtgebiet, absolut unzureichend sind und sicher auch noch unzureichender werden. Graz hat einen Zuzug von 3.000 Menschen pro Jahr und davon sind sicher auch etliche Hundehalter. Deshalb wurde jetzt in einem ersten Schritt einmal eine Petition formuliert, wird ans Land herantreten und um eine Gesetzes-Ergänzung im Landessicherheitsgesetz gebeten, punkto temporärer Aufhebung der Leinen- und Maulkorbpflicht.

Im nächsten Schritt müssen dann detailliert Maßnahmen zur Verbesserung des Freilaufes der Hunde, zur Verbesserung des Miteinanders von Hundehaltern und Nicht-Hundehaltern diskutiert und gefunden werden. Doch dazu braucht es eben Ressourcen. Es gibt eben die Hundeabgabe, die jeder Hundehalter zu zahlen hat, die

beläuft sich auf 60 Euro pro Jahr, aktuell sind in Graz 9000 Hunde gemeldet, das sind 540.000 Euro pro Jahr. Für Gackerlsackerl oder Zaunreparaturen bei den neuen Hundewiesen werden derzeit 45.000 bis 75.000 Euro pro Jahr aufgewendet, das heißt, es bleibt eine halbe Millionen davon einmal übrig. Dazu kommt, dass in Graz 16.000 Hunde leben, also 7.000 Hunde werden gar nicht angemeldet und das sind 420.000 Euro, die da auf der Straße liegen bleiben und der Stadt entgehen. Wie gesagt, die neuen Hundewiesen sind zu wenig, es besteht großer Bedarf, Grünflächen bereitzustellen durch Ankauf, durch Pacht oder Wiederherstellung von Grünflächen und dazu braucht es eben finanzielle Mittel. Flächensicherung alleine ist aber zu wenig, wie auch von Expertenseite betont, ist die Stadtplanung gefragt, nicht nur nachzuverdichten und alles zu verbauen, denn die Grünraumsicherung ist, wenn die Flächen dann von allen genutzt werden können, eine notwendige Bereicherung für die gesamte Bevölkerung und hebt die Lebensqualität der Stadt massiv. Die geplante Grünraumoffensive ist sicher begrüßenswert, ist langfristig aber sicherlich zu wenig, denn werden alle Hunde in Graz erfasst, bringt die Hundeabgabe eben eine Million pro Jahr. Die Grünraumoffensive kommt auch viel zu spät, angesichts des bereits erkennbaren Verlustes an Grünraum in der Stadt hätte da vor Jahren schon gegearbeitet werden müssen.

Die Hundeabgabe wird nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung bezahlt, deshalb sind wir für eine Zweckbindung, die wieder den Hunden beziehungsweise allen Tieren und dem Tierschutz zugutekommen soll, so würde auch die Akzeptanz der Hundehalter für diese Abgabe steigen, vielleicht würden sich dann auch von diesen 7.000 nicht angemeldeten Hunden freiwillig die Hundehalter ihre Hunde noch anmelden. Für die Verwendung für eine zweckgebundene Hundeabgabe gibt es vielfältige Möglichkeiten, ich möchte jetzt nur exemplarisch ein paar aufzählen, eben für den Ausbau beziehungsweise die Wiederherstellung von Grünflächen, für mehr Mülleimer mit Gackerlsackerlspender, für die Grazer Tierschutzeinrichtungen, für tierschutzrelevante Schwerpunktaktionen wie die Kastration von streunenden Katzen, für den Ausbau der Kontrolle der geltenden Leinen- und Maulkorbpflicht, für den Ausbau der Kontrolle, ob

die Kothaufen ordnungsgemäß entsorgt werden, um eben das Miteinander von Hundehaltern und Nicht-Hundehaltern zu verbessern.

Für Initiativen zum Thema Tierschutz am Welttierschutztag, Weihnachten oder zu Ostern in Schulen, dass das Tier eben nicht nur ein tolles kurzweiliges Geschenk ist, sondern jahrelang dafür Verantwortung übernommen werden muss, für Aufklärungskampagnen in Schulen zu den europäischen Lebedntiertransporten, um junge Leute als Konsumenten zu sensibilisieren, das wäre gelebter Tierschutz, oder Unterstützung für tierschutzrelevante Projekte wie den Bio-Schaubauernhof in Alt-Grottenhof, der auch Unterstützung bräuchte.

Aus diesen Gründen stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwieweit eine Zweckbindung der Hundeabgabe durchführbar ist und dem Gemeinderat darüber Bericht erstatten. In weiterer Folge werden die zuständigen Stellen darum ersucht, für den Fall der Machbarkeit einer Zweckbindung eine Prioritätenreihung samt Gewichtung der im Motivenbericht genannten Maßnahmen sowie eine etwaige Ergänzung derselben vorzunehmen, um dieses Ergebnis nach Ablauf dieser Budgetperiode in das darauffolgende Budget einfließen lassen zu können.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 15.55 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin! Eine Zweckbindung einer Abgabe ist natürlich immer nur dann sinnvoll, wenn die Einnahmen die Ausgaben übersteigen, denn dann bleibt was über und dann kann man über das, was über bleibt, auch verfügen und sich aussuchen, ob man das für jenen Bereich verwendet, wo das Geld hergekommen ist oder ob man das für etwas anderes verwendet. Deshalb habe ich mir natürlich angeschaut, Sie haben es ja schon angedeutet die Größenordnungen, die Einnahmen für die Hundeabgabe sind, 2011 waren es noch 304.000 Euro, gestiegen bis 470.000 Euro, die Sie in dem Antrag auch erwähnen. Budgetiert sind es für die nächsten zwei Jahre mit jährlich 600.000 Euro. Wenn man sich jetzt rundherum anschaut, wo sind denn da Kosten, dann kommt man drauf, dass man laut [REDACTED] von der Grünraumabteilung, der sagt mir, es sind 100.000 Euro im Grünraumbereich ohne Mieten, Pacht, Ablöse, die Sackerlspender und Sackerln kosten 75.000 Euro pro Jahr, für die Sackerln und Fixkosten für die Spender 24.000 Euro, dazu kommen Subventionen an beispielsweise Arche Noah mit etwa 95.000 Euro und dann noch die große Position Holding, da geht es um Reinigung, die brechen jetzt natürlich die Kosten von 7,8 Millionen insgesamt nicht auf alle Hundstrümmerl herunter oder auf die Anzahl derer, aber ich gehe einmal davon aus, dass man irgendwo zwischen sieben und zehn Prozent Kosten ansetzen können von diesen 7,8 Millionen. Dann, Sie haben angesprochen, Maulkorbzwang, die Kontrolle der Verunreinigung durch den Hundekot, das muss ja wer machen, das kostet Geld. Wenn ich die Personalkosten hernehme von der Ordnungswache etc. da kann ich gleich auch einmal einen sechsstelligen Betrag ansetzen. Selbst wenn wir die Einnahmen über diverse Maßnahmen klettern lassen auf 600.000 Euro, wenn wir das erreichen, haben wir doch Ausgaben, die deutlich darüber liegen nach dieser Kalkulation. Es ist nichts da zum Aufteilen, im Gegenteil, für die tierfördernden Maßnahmen und für die Maßnahmen,

die die Tierbesitzer brauchen in der Stadt, wird sicher Geld aus anderen Bereichen auch verwendet und daher es bleibt nichts über von den Hundeabgaben. Ich stelle Ihren Antrag, um es mit Kurt Tucholsky zu sagen, unter dem Titel „Das Gegenteil von gut ist nicht böse, sondern gut gemeint“, wir werden der Dringlichkeit daher nicht zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss heute leider schon zum zweiten Mal für die FPÖ den Wauwau spielen und damit ist, glaube ich, auch klar, wie unser Abstimmungsverhalten sein wird, aber lassen Sie mich doch ein bisschen weiter ausholen. Ich war ja selber auch bei diesem runden Tisch dabei und ich muss der Astrid schon danken für ihre Initiative, weil das ist eine wichtige Initiative, dass man sich darum bemüht, dass für Hunde mehr Freilauf in dieser Stadt passiert. Das ist bei diesem runden Tisch sehr klar hervorgegangen. Ich habe zwar keine eigenen Hunde, aber darf öfter die Hunde meiner Tochter babysitten sozusagen, und da merkt man schon, dass es in der Stadt nicht einfach ist, mit Hunden irgendwo Bewegung zu machen und wenn man ein bisschen ins Umland von Graz geht, die Gemeinde Pirka ist bei mir in der Nähe, da ist es um einiges besser. Also die Idee und die Intention, da mehr Freiraum zu schaffen, absolut positiv. Aber wie es der Kollege Frölich schon gesagt hat, erstens einmal sind die gesamten Ausgaben im Zusammenhang mit dieser Hundesteuer wahrscheinlich bei weitem höher und zweitens ist eine Zweckbindung, glaube ich, ein finanztechnischer kompletter Unsinn. Es ist vielleicht verlockend, wenn der Tierschutzreferent, der jetzt gerade nicht da ist, erhofft, damit mehr Mittel zu bekommen, aber wird ihm nichts bringen, weil was würde eine Zweckbindung bedeuten. Aber du nur in dem Antrag davon redest, dass man natürlich auch für Hunde und Katzen, also für Katzen und sonstige Tiere, was machen könnte. Wenn ich das wirklich ernst nehme, heißt eine Zweckbindung Hundesteuer nur für Hund einsetzbar

und dann dürfte ich das Tierheim gar nicht mehr fördern, also mit dieser Zweckbindung, man könnte sagen ausschließlich solche Einrichtungen, die sich um Hunde kümmern und das wäre aus unserer Sicht etwas, was auf keinen Fall anzustreben ist und finanztechnisch hätte es auch wenig Sinn, weil es verleiten würde, wenn ich jetzt weniger Ausgaben oder wenn gar keine Projekte vorhanden sind, würde es verleiten, kreativ zu sein und einfach dann vielleicht Geld auszugeben, dass ich sonst mehr hinterfragen würde. Und es macht auch wenig Sinn finanztechnisch auf der einen Seite, wo ich vielleicht gerade in dem Jahr kein Projekt habe, Geld irgendwohin zu legen, niedrig verzinsen und auf der anderen Seite, wo ich dringende Projekte brauche, Geld mit höherem Aufwand und höher verzinst irgendwo aufzunehmen. Wir sagen daher, dass das finanztechnisch diese Zweckbindung überhaupt keinen Mehrwert hat und wir vertrauen auf den Gemeinderat, dessen ureigenste Aufgabe es ja ist, im Rahmen der Budgeterstellung die Mittelverteilung festzulegen. Ich denke, so viel Vertrauen können wir zu uns selber haben, dass wir da sehr sorgsam sind und das gut machen und daher ein Nein zur Dringlichkeit und ein Nein zum Inhalt von unserer Fraktion (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, diese zwei Dinge ein bisschen zu trennen, rein finanztechnisch ist eine Zweckbindung natürlich immer eine etwas gewagte Sache, wird auch allgemein unterrichtet als nicht sehr zielführend, wenn es um größere Beträge geht und muss man aufpassen. Ich glaube, bei dem Antrag geht es nicht so sehr um die Zweckbindung, sondern auch das zu vermitteln, was hier eigentlich getan wird, warum die Leute das zahlen und in dem Sinn hätte ich schon für diesen Antrag argumentiert, vor allem vor dem Hintergrund, wir haben ein Problem in Graz, wir haben diese Flächen nicht für frei laufende Hunde. Wir haben diese großen Probleme derzeit, wir wissen von der Leinenpflicht, wir wissen auch von dem runden Tisch, Blau und Grün in dem Fall einmal vereint, was ja selten ist, aber in dem Fall gibt es einfach die Initiativen, hier auch dafür zu sorgen, dass das Problem gelöst wird und von dem her hätten wir diesen Antrag unterstützt. Aber wir hätten

einen Zusatzantrag eingebracht, wo es ganz stark um diese Lösung der Konflikte geht, diese Nutzungskonflikte, weil wir glauben, dass die Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum ganz ein wesentlicher Punkt sind. Das hätten wir gerne unterstützt, aber ich sehe eher, dass wir das nicht schaffen werden, deswegen die kurze Wortmeldung jetzt und wir stimmen für die Dringlichkeit (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Ich nehme das Schlusswort lieber jetzt schon in Anspruch. Die Daten und Zahlen, die ich erwähnt habe, das sind Fakten, die ich aus diesem runden Tisch mitgenommen habe. Wenn wir eine Möglichkeit finden würden, darauf zielt der Antrag ja auch ab, diese 7.000 Hunde, die nicht angemeldet sind, zur Anmeldung zu bringen, wären das insgesamt dann fast 900.000 Euro, die jedes Jahr die Hundeabgabe bringen würde. Die Zweckbindung jeglicher Abgabe ist natürlich nicht sinnvoll, sicher auch nicht von Massenabgaben wie eine Kommunalsteuer oder so, die wird natürlich für die Kommune verwendet, aber die Hundeabgabe ist eben eine spezialisierte Abgabe für einen kleinen Kreis und da passt eben das Umfeld für die Hunde und die Hundehalter nicht, deswegen wäre es wünschenswert, wenn diese Abgabe eben genau diesem Zweck wieder zugeführt werden würde. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Grüne) abgelehnt.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Geschäftsordnung: Ich glaube, die Unruhe im Saal hat eine Ursache, dass die Abstimmungsergebnisse nicht mehr klar sind und ich würde hier bitte noch einmal klarstellen lassen die Abstimmung zum letzten Antrag Psychotherapie auf Krankenschein, es gehen Gerüchte um, der Antrag ist angenommen, abgelehnt, das

bitte nur zu klären, damit die Unruhe aus dem Saal wieder entweichen kann (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Da müssten wir zuerst darüber abstimmen, dass wir die Abstimmung wiederholen. Wir haben eine Geschäftsordnung und... Herr Klubobmann Grossmann hat den Antrag auf nochmalige Abstimmung des dringlichen Antrages bezüglich Psychotherapie gestellt.

GR. Mag. **Sippel**: Das kann es bitte wirklich nicht sein, es ist jetzt das zweite Mal hintereinander, wir haben das das letzte Mal auch erlebt, dass da eine Abstimmung über eine wiederholte Abstimmung durchgeführt worden ist. Also wir müssten uns da wirklich überlegen, wie wir das handhaben, da müssen die Klubobleute dafür sorgen, dass die Leute am Platz sind, sonst müssen wir uns halt einmal in Zukunft überlegen, ob man irgendwelche andere Abstimmungsmodalitäten auch einführen, eine elektronisches System oder so, aber das kann es jetzt nicht sein, dass man in Zukunft jedes Mal darüber wieder abstimmen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Das ist gerade überhaupt keine Wortmeldung zur Geschäftsordnung.

GR. Mag. **Sippel**: Das ist schon zur Geschäftsordnung, wir sollten uns überlegen, was da passiert, das ist ja ein Kasperltheater der Sonderklasse.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Es gibt den Antrag auf nochmalige Abstimmung vom Herrn Klubobmann Grossman und die wird jetzt abgestimmt.

Die nochmalige Abstimmung des dringlichen Antrages und des Abänderungsantrages „Psychotherapie für erwachsene Suchtkranke auf Krankenschein“ wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Abänderungsantrag der SPÖ zum dringlichen Antrag der KPÖ „Psychotherapie für erwachsene Suchtkranke auf Krankenschein“ wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und einiger Grüne) angenommen.

Die Dringlichkeit zum FPÖ-Antrag „Zweckbindung der Hundeabgabe“ wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Grüne) abgelehnt.

5) Solar-Müllpressen für neue Stadtteile

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Unsere wunderschöne Stadt Graz wächst. Wir bekommen immer mehr Zuwachs, immer mehr Bürger kommen in unsere schöne Stadt. Dadurch wächst leider aber auch der Müllberg. Dazu muss ich sagen, dass der Müll wirklich sehr oft

entleert wird und ich sehe sehr oft, dass die Müllkübel übergehen an stark frequentierten Plätzen und Haltestellen, aber das Personal der Müllentleerung ist wirklich sehr fleißig und bemüht, dass der Müll ständig entleert ist. Aber trotz alledem, wenn der Wind geht, da wir keine Deckel auf unseren Mülleimern haben, verteilt der Wind den Müll einfach oft auf der Straße. Zusätzlich sind oft Tiere, die sich von den Gerüchen angelockt fühlen, die ebenso den Müll auf der Straße verteilen. Das alles ist ein sehr unschöner Anblick und unsere Bürger würden sich freuen über eine sehr saubere Stadt. Und das wird mir immer wieder bei Gesprächen mit Bürgern bewusst. Nun entwickeln wir neue Stadtteile und somit haben wir auch die Möglichkeit, verstärkt neue Ideen einfließen zu lassen. Meine Idee zum Thema Müllentsorgung ist, eine langfristige kostensparende und nachhaltige Lösung zu finden, anstatt mehr Personal und Logistik aufwenden zu müssen. Meine Lösung für die Müllentsorgung ist der Big Belly. Der Big Belly ist eine solarbetriebene Müllpresse, der durch das regelmäßige Komprimieren das Intervall der Müllentleerung wesentlich reduziert. Eine Stunde Sonnenlicht reicht aus für den Betrieb des Big Bellys für einen Monat. Das ist meiner Meinung nach ein sehr sparsames und intelligentes System. Dieses System ist auch ein geschlossenes System, der Vorteil ist, es ist sehr sicher, es ist sicher vor Vandalismus, sicher vor Geruchsbelästigung und auch sicher für die Tiere. Keine Wespen kommen dazu, auch Tauben und Ratten können den Müll nicht auf der Straße verteilen und auch der Wind hat diese Möglichkeit nicht.

Eingebaut in dieses System ist auch eine Füllstandsmessung, die durch eine Funkverbindung von überallher abgerufen werden kann. Die Füllstandanzeige kontrolliert somit, wieviel Müll schon gepresst worden ist. Es wird der Müll durch diese Komprimierung ungefähr bis zu einem Siebentel von der normalen Menge zusammengepresst. Das ermöglicht eine optimale und flexible Planung der Müllentleerung. Wenn ich abrufen kann, ob der Müll jetzt voll ist, der Mülleimer voll ist oder noch nicht entleert werden muss. Zusätzlich ist es auch eine umweltfreundliche Variante, denn das Gerät Big Belly ist ausschließlich solarbetrieben. Dadurch habe ich keine zusätzlichen Energiekosten und der Standort ist flexibel, weil

ich keinen Stromanschluss dafür brauche. Das Gerät ist kostensparend, denn durch die Funkverbindung und die Abrufung des Füllstandes verhinderte ich Leerfahrten und spare somit Personal und kann die Routen flexibel planen zur Müllabholung. Das bedeutet auch eine Arbeitszeiterparnis und verringert zusätzlich CO₂-Emissionen, Feinstaub, Entsorgungs- und Treibstoffkosten. Wir haben zum Beispiel an stark frequentierten Plätzen wie Hauptplatz und Jakominiplatz den Big Belly stehen und das ist ein sehr großer Vorteil, weil durch dieses Komprimieren ja nur ganz selten der Müll auch wirklich entleert werden muss. Das heißt, es erspart einfach Personalkosten. Wir haben diesen Big Belly auch auf der Platte und der Vorteil ist dadurch, durch diese Funkverbindung kann abgerufen werden, ob der Müll einmal jetzt zu entleeren ist oder nicht, das erspart uns Leerfahrten. Insgesamt haben wir schon 17 Big Bellys in Betrieb. Der Big Belly macht deutlich, dass unsere schöne Stadt für Ökologie, für Ökonomie und Innovation steht.

32 Städte in Deutschland, unter ihnen Hamburg, haben schon sehr viele Big Bellys. Hamburg hat 160 Stück. Viele Städte in Nordamerika und Universitätsstädte, wie zum Beispiel Philadelphia mit 1000 Stück, verwenden dieses System flächendeckend und beurteilen es als kosteneffizient und planungssicher. Die Seitenwände des Big Bellys eignen sich perfekt als Werbeflächen, dadurch wäre auch die Finanzierung für die Anschaffung gegeben. Man kann dieses System kaufen, mieten oder leasen. Deshalb für die Planung der neuen Stadtteile wäre das sehr wichtig, weil wir wollen ja die Grundlage der höchsten Lebensqualität garantieren und moderne Dynamik, Nachhaltigkeit und Kreativität dort zulassen.

Deshalb stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen in Zusammenarbeit mit den dafür verantwortlichen Stellen der Holding Graz eine Evaluierung des im Motivenbericht skizzierten Einsatzes von Solar-Müllpressen unter der besonderen Berücksichtigung der Vorteile dieses Systems durchführen und dem Gemeinderat noch vor der Sommerpause darüber Bericht erstatten.

Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich vorbehaltlich des Ergebnisses der Evaluierung für eine nachhaltige umwelt- und energiebewusste Entwicklung neuer Stadtteile in unserer Stadt aus und setzt sich für die Umsetzung eines derartigen Konzepts ein, wobei Reininghaus und Smart City davon bereits erfasst sind.

Herr Stadtrat Dr. Rüschi wird in seiner Funktion als Beteiligungsreferent ersucht, mit der Ankünder GmbH in Kontakt zu treten und die Möglichkeit einer Kofinanzierung im Falle der Nutzung dieser Geräte als Werbeträger als Synergieeffekt anzustreben.

Der Beteiligungsreferent sowie die dafür zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, in Zusammenarbeit mit den in der Holding Graz zuständigen Stellen ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten und in weiterer Folge mit allen in Frage kommenden Wirtschaftsunternehmungen am Standort Graz auf geeignete Weise in Kontakt zu treten, um die Möglichkeit einer Finanzierung von Solarmüllpressen als Werbeträger zu prüfen (*Applaus FPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe KollegInnen! Ich möchte zuerst vielleicht ein bisschen ein Schmankerl erzählen, weil Big Belly Hauptplatz, ich könnte sagen Big Belly Hauptplatz, Kurt Hohensinner könnte ich sagen, weil letztendlich ist diese Idee, wenn sich der eine oder andere noch erinnern kann, war das der erste Big Belly am Hauptplatz, wenn man rausgeht, gleich

auf der rechten Seite. Das heißt, es ist aus unserer Sicht mäßig dringlich, wenn ich das so sagen darf und zwar deshalb, weil ja ständig laufend die Holding diese Standorte anschaut, wo sich eben diese Investition auszahlt. Wir müssen schon auch ein wenig darauf schauen und deshalb durchaus vom Motivenbericht begrüßenswert, aber es ist die Anschaffung halt doch in etwa 4.000 Euro größenordnungsmäßig und ein normaler Abfalleimer, Kübel ist in etwa in einer Größenordnung von 400 Euro. Ich sage das nur dazu, damit man auch ein bisschen die Größenordnung einordnet. Letztendlich ist die Holding ständig dabei, deshalb war bei uns auch die Diskussion, ist es wirklich dringlich oder ist nicht das ein laufender Prozess, den die Holding ohnedies ständig begleitet? Ist es notwendig, hier tatsächlich diese durchaus begrüßenswerte Einrichtung jetzt sozusagen ständig und überall einzusetzen? Ich glaube, dass die Holding durchaus hier den Bedarf ordnungsgemäß ermittelt, so ist mir auch der Bericht vorgelegt worden, dass das ohnedies laufend stattfindet und insbesondere, natürlich bei den neuen, das ist ja auch angesprochen, bei den neuen Stadtteilen wird das natürlich schon in den Konzepten miteingearbeitet, dass man hier besonders darauf Rücksicht nimmt, dass dieses durchaus begrüßenswerte System eingeführt würde. Aber ich kann dem Kurt nur gratulieren, es war der Big Belly am Hauptplatz, den der Kurt Hohensinner seinerzeit hier in die Wege geleitet hat, deshalb stimmen wir ja, sage ich einmal so, der Dringlichkeit zu und auch dem Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Meiner Meinung nach ist der Antrag sehr wohl dringlich, weil es ja um die Stadtentwicklung geht und das in den Planungsprozess mit einbedacht werden sollte (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6) Qualitätssicherung im Bereich der Kinderbetreuung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Kurt! Ich habe ja mehrfach in den letzten Monaten hier herinnen immer wieder Fragen an dich gestellt bezüglich der Kindergartenschließungen. Mehrfach war auch Max Mell das Thema und wenn man sich das jetzt anschaut, es ist so, dass der Max-Mell-Kindergarten nächstes Jahr geschlossen wird und dort glücklicherweise die Kinder, die mit drei Jahren dorthin gekommen sind, auch den Kindergarten dort noch beschließen können. Das war leider durch verschiedenste Umstände nicht möglich beim Kindergarten Krausgasse, wo am Anfang des Betreuungsjahres es die Zusagen gegeben hat, kurz danach durch Verflechtungen, was die Immobilie angeht, die Schließung angekündigt werden musste, die nun mit Ende dieses Jahres erfolgen wird. Auch der städtische Kindergarten in der Josef-Huber-Gasse wird einem privaten Betreiber übergeben und wenn ich mir dann anschau auf der Homepage, wo eben 46 städtische Kindergärten, wobei diese drei, die jetzt geschlossen werden, da noch mitgerechnet sind, 84 privaten gegenüber stehen, so sind wir bald nur noch bei einem Drittel städtische Kindergartenanteile. Das heißt zwei Drittel der Kinderbetreuung ist inzwischen bei privaten Anbietern und nur noch ein Drittel im städtischen Bereich. Jetzt bin ich keine, die gegen die Privaten vorgehen würde, da sind wir, glaube ich, als Grüne auch unverdächtig, aber es geht um eine Balance, weil diese Balance auch etwas mit einer Qualitätssicherung in einem elementarpädagogischen Bereich zu tun hat, der sich in einer von Diversität geprägten

Gesellschaft, wie wir sie in Graz haben, abbildet. Und wenn ich als Stadt dort immer stärker hinausgehe, dann verändern sich da auch Verhältnisse.

Das Zweite ist neben der Balance, was ich noch thematisieren wollte, ist ja auch das, was in der Krausgasse passiert ist. Ich denke, wir wollten es uns als Stadt zuschreiben lassen, dass wir auch für eine Garantie im Hinblick auf Sicherheit gehen, wenn Eltern sich für eine Kinderbetreuungseinrichtung entscheiden. Es ist ja so, wenn ich ein dreijähriges Kind habe, das aufgenommen wird, ist es sehr wichtig, kontinuierliche Betreuungspersonen zu haben, es ist sehr wichtig, nicht zu viel Veränderungen zu haben, kurze Wege zu haben, also Eltern machen sich hier sehr lange Gedanken, wo sie auch ihr Kind hingeben, bemühen sich sehr darum, eine optimale Lösung zu finden und es ist dann sehr schade, wenn diese drei Jahre nicht eingehalten werden könnten und deswegen würde die zweite Frage ganz stark in diese Richtung gehen, es ähnlich wie im Max-Mell-Kindergarten zu machen, nämlich auch zu garantieren, wenn die Stadt ein Kind aufnimmt, es dort auch zu Ende gehen zu lassen. Jetzt hast du mir heute in der Früh schon gesagt, das wäre schwierig, also der zweite Punkt vor allem ist deswegen schwierig, weil ja eben, wenn alle Fünfjährigen untergebracht werden müssen, die Stadt die Fünfjährigen unterbringen muss, aber dann frage ich mich, dann nimmt man halt weniger Dreijährige auf, weil das leider nicht möglich ist. Das beeinflusst nicht unbedingt die Garantie für die anderen, die schon im Kindergarten sind. Also ich weiß schon jetzt, dass die ÖVP da nicht mitgehen wird, ich finde das extrem bedauerlich, weil ich finde, dass es gerade im Hinblick auf elementarpädagogische Notwendigkeiten in der Stadt ein wichtiges Zeichen gewesen wäre, schaue mir da dazu auch immer sehr gerne den Vergleich mit Wien an. Wien ist natürlich größer, aber da haben wir schon noch einiges an Aufholbedarf, wie wohl schon sehr, sehr vieles sehr gut funktioniert.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Kaufmann: Wir haben keinen Aufholbedarf, Wien hat den.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Was die Qualität angeht, schon, aber sie sehen das als Auftrag, naja und immerhin hat Wien zumindest so etwas wie pädagogische Konzepte auf der Homepage, die in unser pädagogisches Konzept... ist ein interkulturelles Leitbild, wo die Tatjana Kaltenbeck ein sehr gutes Konzept gemacht hat in den 90er-Jahren, das aber bis heute nicht aktualisiert wurde. Mit geht es jetzt um Graz, es sind diese zwei Punkte, die ich einbringen möchte.

Und wie gesagt, der

d r i n g l i c h e A n t r a g :

Die Stadt Graz bekennt sich zur Wichtigkeit der langfristigen Absicherung städtischer Kinderbetreuungs- und -bildungseinrichtungen und zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen städtischen und privaten AnbieterInnen.

Der zweite Punkt, der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt die Abteilung für Bildung und Integration, ein Modell zu entwickeln, welches ermöglicht, dass Kinder bis zum Eintritt in die Schule in jenem städtischen Kindergarten bleiben können, in dem sie aufgenommen wurden. Das entsprechende Ergebnis ist dem Bildungsausschuss unter Leitung von Stadtrat Kurt Hohensinner zu präsentieren und in weiterer Folge von diesem zur Beschlussfassung im Gemeinderat bis Juli 2015 vorzulegen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

StR. **Hohensinner**, MBA zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Gemeinderat, liebe Astrid!
Danke für deinen dringlichen Antrag, wir haben den Antrag heute eh schon in der Früh

besprochen. Ich möchte an dieser Stelle wirklich ein klares Bekenntnis zu unseren städtischen Einrichtungen ablegen. Wie ihr wisst, habe ich gleich zu Beginn alle Einrichtungen der Stadt besucht, mindestens einmal, in vielen Einrichtungen war ich schon mehrfach, aber auch die privaten Einrichtungen habe ich besucht und ich kann die Qualität hier wirklich nur unterstreichen und nein, liebe Astrid, wir ziehen uns nicht Schritt für Schritt als Träger zurück. Und die von dir angesprochenen Einzelschließungen waren aus unterschiedlichen Gründen notwendig. Ein Grund war, die wichtige Entflechtung der Eigentumsverhältnisse, das ist auch schon seit längerer Zeit geplant und so wie ich meine, ist das wirklich aus allen Perspektiven ein guter Schritt, wir haben das gut vorbereitet und jetzt zur Abwicklung gebracht und ich kann aus heutiger Sicht nur bestätigen, dass derzeit keine weiteren Schließungen oder Umwandlungen geplant sind. Wir haben aus städtischer Perspektive wirklich zwei Schwerpunkte, das ist einmal, die bestmögliche Qualität bereitzustellen und ich glaube, wir können uns jederzeit mit Wien messen und wir möchten auch allen berufstätigen Eltern einen Platz bereitstellen und die Qualität können wir dank des Tarifmodells sowohl in den städtischen als auch in den privaten Einrichtungen wirklich bieten. Es gibt da Qualitätskriterien, die sind allen bekannt, sollten auch dir bekannt sein, Astrid, und es gibt auch Mechanismen, die diese Qualitätskriterien abprüfen und ich möchte schon zur Bedauerung bringen, dass du eigentlich den Privaten schon ein bisschen unterstellst, dass hier die nötige Qualität nicht geboten wird und es entsetzt mich eigentlich schon ein bisschen. Was die Qualität betrifft, wir stellen auch den Privaten die Zusatzförderungen bereit, wie zum Beispiel im Kindergarten die IZB-Teams, das ist das Team für eine individuelle Zusatzbetreuung, und wir haben auch heuer einen Reformprozess gemacht für den heilpädagogischen Bereich und da ist ganz klar herausgekommen, dass wir auch eine Zusatzbetreuung schon im Kinderkrippen-Bereich brauchen und das setzen wir bereits um. Nicht nur in den Städtischen, wir bieten das auch den Privaten an. Was den Versorgungsgrad anbelangt, liebe Astrid, sind wir wirklich im Spitzenfeld, bei den Kinderkrippen sind wir bei 32 %, bei den Kindergärten bei 94 %, also da sind wir erstklassig aufgestellt. Die Entwicklung

war fulminant. Nur ganz kurz die Zahlen, die sind wirklich interessant. 2005 hatten wir für die 0- bis 3-Jährigen 516 Plätze, 2015 sind es 2.174 Plätze, für die 4- bis 6-Jährigen hatten wir 2005 5.963 Plätze, jetzt haben wir 6.730 Plätze. Also das ist wirklich großartig und ich glaube, dass hier Wien nur sehr schwer mithalten kann. Wir sind eine sehr stark wachsende Stadt, das haben wir heute auch mehrfach gehört, wir brauchen jedes Jahr 300 Plätze mehr, um auch den Bedarf abzudecken. Das kostet der Stadt Graz jedes Jahr um eine Million Euro mehr. Wenn wir jetzt das machen würden, was du einforderst, nämlich wirklich schwerstens gegenlenken würden und nur städtische Gruppen aufmachen würden, müssten wir 1.700.000 Euro hinlegen, das können wir uns nicht leisten, wir könnten das anders machen nach deinen Vorstellungen, nämlich dass wir weniger Gruppen eröffnen, dann könnten wir aber statt 300 Plätze nur 100 Plätze anbieten, das heißt, wir könnten nicht mehr allen berufstätigen Eltern einen Platz anbieten und da bin ich einfach dagegen, Astrid. Und der zweite Punkt, was auch die Garantie betrifft, zu 99 % können wir heute schon gewährleisten, dass die Kinder durchgehend eine Karriere im gleichen Haus absolvieren können, das können nicht nur wir garantieren oder in Aussicht stellen, sondern auch die privaten Träger, eine Garantie festzuschreiben, das geht eigentlich gesetzlich nicht. Und ich möchte jetzt, bevor ich zum Ende komme, mich auch bedanken bei allen Pädagoginnen und Pädagogen, egal ob in den städtischen Einrichtungen oder in den privaten, diese Leute bringen wirklich eine ganz, ganz wertvolle Zukunftsarbeit für unsere Stadt und aus den vorher erwähnten Gründen können wir einer Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Liebe KollegInnen, liebe ZuhörerInnen und liebe Astrid! Herzlichen Dank für diesen Antrag. Ich kann schon vorweg sagen, wir können der Dringlichkeit sehr gut zustimmen und wir freuen uns auch, wir wissen zwar, dass gerade unter Schwarz/Grün diese Privatisierung sehr vorangetrieben wurde und wir

freuen uns natürlich, wenn auch jetzt bei euch das Bewusstsein darüber entsteht, was für Nachteile so eine zunehmende Privatisierung haben kann. Uns geht der Dringlichkeitsantrag noch gar nicht einmal weit genug. Wenn die Dringlichkeit durchgeht, werden wir sogar einen Zusatzantrag dazu stellen, nämlich, dass sich die Stadt Graz wirklich mehr und mehr darauf konzentriert, selbst wieder Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen und dass eben diese Qualitätsstandards wirklich bleiben, so wie sie jetzt sind und das auch geprüft wird, dass die durchgesetzt werden. Denn wenn es mittlerweile schon zwei Drittel private Einrichtungen sind und immer mehr werden, dann kann man davon ausgehen, dass dieses Mehr an Einrichtungen auch sehr starken Einfluss auf diese Qualitätsstandards zu nehmen versucht und die dürfen auf keinen Fall schlechter werden und da geht es uns zum einen natürlich um die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung von den Pädagoginnen und wenigen Pädagogen. Aber hauptsächlich um das Wohl der Kinder, denn wie der Stadtrat Kurt Hohensinner gerade gesagt hat, wenn man in diesen Bereichen jetzt spart und da Defizite im Bereich Bildung, Erziehung passieren, dann wird sich das später bitter rächen. Insofern unterstützen wir die Dringlichkeit und den Antrag gerne (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Wir stimmen sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag zu, denn die Sicherheit der Eltern und der Kinder gehen einfach vor. Die Ausgewogenheit der städtischen und privaten Kindergärten gewährleistet eine echte Wahlmöglichkeit für die Eltern und somit auch für die Kinder und wir möchten den Gedanken auch gerne noch ein bisschen weiterspinnen. Und da möchte ich gerne einen Gedankenanstoß geben und zwar denken wir einfach einmal darüber nach oder diskutieren wir einmal über eine Auslagerung in eine Eigengesellschaft. Wir haben ja schon das Wohnen Graz und auch das absolute Erfolgsmodell Geriatriische Gesundheitszentren, die für ihre hervorragende Arbeit regelmäßige Auszeichnungen bekommen und das wäre eine

logische und sinnvolle Maßnahme, so etwas zu bedenken, diskutieren und durchzuführen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Also, Frau Gemeinderätin, jetzt muss ich eine Anmerkung machen. Nachdem ich sechs Jahre bei einem Träger gearbeitet habe, bei einem privaten, und dort für Personalentwicklung, Organisationsentwicklung und damit auch für Qualitätsmanagement zuständig war, halte ich das schon ein wenig bedenklich, wenn du da einen Rundumschlag machst und sagst, dass bei privaten Einrichtungen, dass das da um die Gefahr der Kinder geht, das ist schon ein wenig überzogen. Wir haben ein Tarifmodell, wie es der Stadtrat...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Doch, das hat sie gesagt. Das ist so angesprochen worden, es geht um die Sicherheit, wir haben ein Tarifmodell in der Stadt Graz, das heißt, wir haben ein Regelwerk, an das sich alle halten müssen und dieses Regelwerk ist auch durch Landesgesetze so beschlossen und das gilt in der gesamten Steiermark. Es gibt ein Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, das alle Einrichtungen gleichermaßen regelt, der Unterschied ist, und das muss man auch offen sagen, in der Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, da ist der große Unterschied (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Astrid! Graz braucht seine Kinderbetreuungseinrichtungen ganz ohne Zweifel. Graz wird sogar in den nächsten Jahren noch um einige Betreuungseinrichtungen mehr brauchen, weil wir erstens wachsen als Stadt und zweitens da und dort natürlich auch noch nicht der Bedarf gedeckt ist. Vor allem auch im Kinderkrippen-Bereich ist der Bedarf noch bei weitem oder zumindest noch nicht gedeckt. Er erreicht zwar schon fast die Zielvorgaben im Bologna-Prozess, aber eben noch nicht ganz und wer sagt, dass nicht der Bedarf noch höher ist als die 30 %? Wir als Sozialdemokratie bekennen uns natürlich dazu, dass die Stadt Graz auch eigene Einrichtungen hat und weiterhin auch die Trägerschaft für Einrichtungen hat. Das ist eine wichtige Geschichte, wir haben dabei auch eine Verantwortung als Kommune und sollten die auch in Zukunft wahrnehmen. Wir sind auch, liebe Astrid, durchaus für deine Intentionen, ausgewogenes Verhältnis zwischen privaten Trägern und städtischen Einrichtungen, zu haben. Wir sind aber trotzdem bei einigen Punkten hier ausnahmsweise nicht einer Meinung im Bildungsbereich, obwohl das oft der Fall ist, wir sind nicht der Meinung, dass die Qualität nur in den städtischen Einrichtungen gesichert ist, sie sind im privaten, wie die Frau Vizebürgermeisterin vorhin auch ausgeführt hat, selbstverständlich auch der Fall, sie haben genauso die Qualitätskriterien, die im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz festgelegt sind, einzuhalten, sie werden genauso geprüft, sie unterliegen alle denselben Richtlinien, die Kosten, die für die Eltern anfallen, sind, soweit sie im Tarifmodell der Stadt Graz sind auch die gleichen, es gibt zum Glück eine soziale Staffelung für Eltern, was ganz, ganz wichtig ist. Sind zwar leider nicht alle noch im Tarifmodell, aber es ist ein Großteil auch der privaten Träger und Einrichtungen im Tarifmodell und der Unterschied, wie schon erwähnt, ist leider in der Entlohnung der PädagogInnen. Wenn es nach uns geht, wenn es nach mir persönlich auch geht, dann müsste man sowieso auf Bundesebene darüber diskutieren, wie die Ausbildung und dann auch die Besoldung von KindergartenpädagogInnen ist, denn das sollte längst und hätte leider auch längst im

neuen LehrerInnendienstrecht Platz finden müssen und es hätte auch in der neuen PädagogInnenausbildung Platz finden müssen, aber das ist ein anderes Thema und es wird hier mit dieser Frage sicher nicht zu lösen sein. Wir bekennen uns, wie gesagt, dazu, dass die Stadt Graz städtische Einrichtungen auch in Zukunft führt und ich habe aber jetzt auch das Bekenntnis des zuständigen Stadtrates gehört und wir werden ihn dabei auch sehr genau natürlich beobachten und mit ihm im Gespräch bleiben, ob das sich in Zukunft auch entsprechend entwickeln wird. Wir sehen aber aus genau diesem Grund und durch diese Bekräftigung keinen Anlass, jetzt hier der Dringlichkeit zuzustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Es war ja am Anfang, wie ich zu sprechen begonnen habe, noch etwas laut im Saal, deswegen ist vielleicht dir, liebe Alexandra, auch entgangen, dass ich eigentlich sehr deutlich formuliert habe, dass wir nicht gegen Private sind. Es ist auch gesagt worden, dass wir der Privatisierung Vorschub gegeben hätten in unserer Koalition. Das stimmt so nicht, es hat immer ein klares Bekenntnis auch meines Kollegen Heiz Baumann gegeben, diese Balance zwischen Städtischen und Privaten zu halten. Und diese Balance ist gefährdet. Wir hätten dem Zusatzantrag im zweiten Punkt von der KPÖ nicht zugestimmt, die nämlich genau diese Qualitätsstandards damit auch in Frage stellt. Also die Qualität, die wir haben, haben wir auch durch den Wettbewerb zwischen Privaten und Städtischen. Nur wenn ich mich als Städtischer nicht zurückziehe, das stimmt schon, du ziehst dich nicht zurück, aber du wirst zurückgedrängt, wenn immer mehr im anderen Bereich passiert und im eigenen Bereich wir jetzt nur bei einem Drittel sind, vielleicht irgendwann dann auch nur noch bei einem Viertel sind und vielleicht wird es dann irgendwann dann auch noch weniger. Dann bin ich als Player in einem Qualitätssicherungsprozess nicht mehr so stark wie ich es jetzt bin, das ist einfach ganz klar. Mir ist schon bewusst, dass ganz viel auf der Landesebene sich abspielt, mir ist schon bewusst, dass hervorragende Arbeit geleistet

wird, mir ist auch bewusst, dass experimentelle Modelle, wie es der Kneipp-Kindergarten in Max Mell war, im städtischen Bereich geschlossen werden und auch da Innovation leider im eigenen Bereich leiden muss, weil es keine Lösungen dafür gibt. Aber das so gegeneinander auszuspielen, das will ich hier wirklich nicht stehen lassen. Es leisten auch die Privaten hervorragende Arbeit, die größten Innovationen sind dort hervorgegangen in den letzten Jahren. Nur eines muss ich auch sagen, dadurch dass immer größere Big Player kommen, das Lohndumping, das angesprochen worden ist, die vielen Reformen im Entlohnungsbereich, die Nichtgenderaufteilung in Bezug auf die Pädagogen und Pädagoginnen, es sind hauptsächlich Pädagoginnen, da passiert noch ganz vieles nicht und wenn ich mich als Stadt in der Verantwortung als Playerin hier zurücknehme, dann halte ich das für ein großes Problem. Ich würde nicht so stolz sein zu sagen, wir haben eh 32 % Kinderkrippen, da haben wir noch viel Aufholbedarf. Wir sind nicht gerüstet in Graz, wenn es ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr geben wird, was aber eine wesentliche Maßnahme wäre. Also wir haben hier einiges an Aufholungsbedarf und ich finde das sehr bedauerlich, dass man sich da zurücknimmt und sagt, nein, das ist jetzt keine Thematik für uns, dem stellen wir uns nicht, diesen Ansporn nehmen wir nicht auf, sondern wir machen einfach weiter wie bisher. Die Arbeit ist eine gute Arbeit der vielen PädagogInnen, das sage ich noch einmal, egal ob Privat oder im städtischen Bereich, aber ich finde es sehr enttäuschend, dass du, Kurt, das einfach nicht als Ball aufnimmst, um hier noch besser zu werden. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Geschätzte Frau Antragstellerin, ich darf berichtigen, wir haben in Graz nicht wesentlich mehr private Kindergartenplätze als in städtischen Einrichtungen. Du hast nur die Einrichtungen gezählt, aber nicht beachtet, wie viele Gruppen in den Einrichtungen sind und wie viele Kinder in den einzelnen Einrichtungen betreut werden

können und da sind wir bei den Kindergärten pari bei städtischen beziehungsweise privaten und kirchlichen Einrichtungen. Die Balance ist gewahrt (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ und Grüne) abgelehnt.

7) Prüfung zur Verordnung einer Begegnungszone in den Innenstadt-Straßenzügen im Neutor- und im Joanneumviertel

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Begegnungszone, der Begriff beziehungsweise in der Straßenverkehrsordnung möglich ist es, Begegnungszonen einzuführen seit dem Jahr 2013. Ziel ist es, dort sowohl Autofahren als auch andere, sprich: vor allem auch zu Fuß gehen, andere Mobilität zu Fuß gehen usw. miteinander gemeinschaftlich und unter größerer Rücksichtnahme möglich zu machen. So ist es dort sehr möglich mit dem Auto, Tempolimit-Empfehlung 20 km/h, in diesen Straßenbegegnungszonen unterwegs zu sein, es ist für die Fußgängerinnen und Fußgänger aber auch möglich, flächig, nicht nur an vorgesehenen Punkten, Zebrastreifen und Ähnliches mehr die Straße zu queren und ansonsten unter Herausnahme von sehr vielen verkehrsordnenden Maßnahmen, Verkehrsschildern und Vorschriften gilt die Rechtsregel. In Graz haben wir sehr bald, sehr früh mit dem Sonnenfelsplatz als Shared Space als praktischen Versuch, als Pilot begonnen, der wurde auch nach der StVO-Änderung 2013 im Herbst vom Shared Space, wie er vorher bezeichnet worden ist, zur Begegnungszone und auch diesem Rechtsbestand angepasst. Seither passiert in Graz

aber aus unserer Sicht und aus allgemeiner Sicht, ist, glaube ich, niemandem etwas bekannt, kein weiterer Versuch, kein weiterer Ansatz mehr in diese Richtung. Andere Städte haben da sehr aufgeholt beziehungsweise überholen Graz. Nicht nur die allseits breit und intensiv diskutierte Wiener Mariahilfer Straße wird teilweise Begegnungszone, in Niederösterreich, in St. Pölten oder Pöchlarn gibt es im Innenstadtbereich Begegnungszonen, in Wels, in Linz (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) werden im Innenstadt- und Altstadtbereich zunehmend Straßenzüge zu Begegnungszonen umgewandelt und verordnet. Begegnungszonen haben den Vorteil, dass sie eben unter der gegenseitigen Rücksichtnahme, unter langsamerem Autofahren und Verlangsamung der Geschwindigkeiten die verschiedenen Verkehre abwickeln, das Zu-Fuß-Gehen wird auf jeden Fall attraktiver, das bringt natürlich dann auch wiederum Frequenz beziehungsweise für die Wirtschaftstreibenden dementsprechende Menschen in die Straßen, die dort viel besser flanieren können, die dort auch den Straßenraum konsumfrei oder konsumierend nutzen können und das unter angenehmeren Begleiterscheinungen. Es bringt aber auch in Bezug auf die Unfallzahlen große Vorteile. Das ist jetzt auch in Graz am Sonnenfelsplatz dementsprechend nachgewiesen worden. Und in dem Sinne stelle ich den Antrag, dass wir in Graz einen Schritt weitergehen, nämlich

1. Der zuständige Verkehrsstadtrat, Mag. Mario Eustacchio, wird beauftragt, für die Straßenzüge Landhausgasse, Raubergasse, Kalchberggasse, Kaiserfeldgasse sowie südliche Schmiedgasse, das ist der Straßenabschnitt zwischen Joanneumring und Kaiserfeldgasse, sowohl deren grundsätzliche Eignung als auch aus Sicht der Verkehrsplanung notwendig scheinende Begleitmaßnahmen für die Verordnung einer Begegnungszone entsprechend § 76c StVO zu prüfen.
2. Stadtrat Eustacchio wird beauftragt, bis zur im Juni 2015 stattfindenden ordentlichen Sitzung des Verkehrsausschusses seinen Mitgliedern einen schriftlichen Informationsbericht über die Ergebnisse dieser Prüfung zur Kenntnis zu bringen.

Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Pogner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Karl! Zu prüfen, neue Zonen zu schaffen in der Innenstadt, das ist immer eine gute Idee. Wir haben heute schon vom Thomas Rajakovics gehört, dass wir auch ganz gerne hätten, dass wir die Schmiedgasse und die Landhausgasse als Fußgängerzone hätten, auch da bitten wir den Herrn Verkehrsstadtrat, tätig zu werden und die Prüfung vorzunehmen und vielleicht auch in die Gänge zu kommen, um das umzusetzen, damit wir auch in der Innenstadt, wie du es gesagt hast, einmal einen Schritt weiterkommen. Der nächste Schritt sind dann verkehrsberuhigte Zonen, ich gebe aber nur zu bedenken, und das bitte ich in die Prüfung miteinfließen zu lassen, dass wir in der Innenstadt sehr viele Bewohner haben und selbstverständlich auch Gewerbetreibende, die auf ihre Parkplätze angewiesen sind. Also das heißt, eine Prüfung bitte auch dahingehend, dass wir ohne Verringerung der Parkplatzanzahl eine verkehrsberuhigte Zone, eine Fußgängerzone gestalten können. Und dann gleich, ich weiß, es gibt einen Abänderungsantrag von der SPÖ-Fraktion, die überhaupt die ganze Innenstadt fast oder zumindest den angesprochenen Teil als Fußgängerzone haben möchten, also diesem Abänderungsantrag wird die ÖVP-Fraktion nicht zustimmen. Eben auch im Hinblick, dass wir Bedenken haben, dass, wenn alles Fußgängerzone ist, dass wir dann also für die Bewohner und für die Gewerbetreibenden dann keine Stellflächen mehr haben. Daher ja zu deinem Antrag, nein zum Abänderungsantrag der SPÖ. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Katholnig** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer! Beim ersten Hinhören klingt das ja recht interessant dieser Antrag. Begegnungszonen sind sehr wichtig, auch sehr verlockend, Lebens- und Erlebnisraum, dass der zurückgewonnen werden muss, ist klar und dass eben der Kfz-Verkehr ein wenig aus diesen kleinen Gassen, dass der weniger von Kfz-Verkehr genutzt wird. Aber die Erfahrungen, dass AnrainerInnen in Feldkirchen da mit dieser Lösung glücklich sind, das ist eine falsche Information, es ist eher Verunsicherung da, es herrscht Chaos und wenn wir schon an die Schmiedgasse denken, da habe ich vor einigen Sitzungen sogar den Herrn Stadtrat gefragt, eine reine Fußgängerzone zu machen, weil es da wirklich sehr oft zu wirklich schlimmen Kollisionen zwischen Fußgängern und Radfahrern kommt und wenn ich dann noch die Kfz, also Autos da dazu als Begegnung will, ist das für mich mehr wie bedenklich und da mache ich mir große Sorgen um die Sicherheit aller, die in der Innenstadt flanieren wollen. Die Schaufenster bummeln oder wie auch immer in einem Gastgarten sitzen wollen und wenn wir dann auch die Autos da mithineinlassen, ist sehr bedenklich und mit einem Sonnenfelsplatz kann ich diese Innenstadtgassen in keinsten Weise vergleichen, also das ist ganz ein anderes Thema. Daher stelle ich im Namen der SPÖ-Gemeinderatsfraktion nachfolgenden Abänderungsantrag: Der zuständige Verkehrsstadtrat, Mag. Mario Eustacchio, wird beauftragt, für die Straßenzüge Landhausgasse, Raubergasse, Kalchberggasse, Kaiserfeldgasse und südliche Schmiedgasse, Straßenabschnitt zwischen Joanneumring und Kaiserfeldgasse, sowohl deren grundsätzliche Eignung als auch aus Sicht der Verkehrsplanung notwendig scheinende Begleitmaßnahmen für die Verordnung einer Fußgängerzone zu prüfen. Und der Punkt 2 bleibt für uns unverändert. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

GR. **Dreisiebner**: Danke, dass ich so schnell zum Schlusswort kommen darf. Mir ist es nämlich ein dringendes Bedürfnis, liebe Kollegin Katholnig, dich aufzuklären und falls das bei jemand anderem nachher eine Frage ist, wir meinen nicht die jetzige Schmiedgasse, die schon eine Fußgängerzone ist, dass man das zur Begegnungszone machen, wir meinten von der Kaiserfeldgasse in Richtung Süden zum Joanneumring.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Das habe ich gesagt, zuhören.

GR. **Dreisiebner**: Ich habe es ein bisschen so verstanden, als würde man dort, wo jetzt Fuzo ist, die Autos auch noch hineinlassen. Ganz egal, dann habe ich weder das Chaos noch Feldkirchen erwähnt, aber ich darf, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem aus der sozialdemokratischen Fraktion, euch herzlich einladen, einmal nach Linz zu schauen. Der seit kurzem, ich glaube, Herbst letzten Jahres, ist der Bürgermeister, Planungs- und Verkehrsreferent Klaus Luger, hat kurz nachdem die Begegnungszone laut StVO möglich geworden ist, die südlich Landstraße, die Herrenstraße und später noch Rathausstraße, Domgasse zur Begegnungszone gemacht. Es gibt mittlerweile Bemühungen und Projekte, 27 weitere mögliche Zonen zu evaluieren und zwar nicht nur im Stadtzentrum, sondern auch in Urfahr, also in vis a vis der Donau liegenden Bereich und in Linz Süd. Linz reitet, nicht nur beim Straßenbahnausbau, der Stadt Graz ein bisschen vorneweg, sondern wie es scheint auch bei den Begegnungszonen und deswegen würde ich es sehr begrüßen, wenn wir einmal mit dem Kollegen Luger oder jemandem aus der Stadt Linz drüber reden. Fußgängerzone, wir haben grundsätzlich nichts dagegen, die Fußgängerzone auszuweiten, aber wie es der Kollege Pogner gesagt hat, es gibt dort ein paar gewachsene Probleme, das sind Parkplatzprobleme für

AnrainerInnen, das sind auch wirtschaftliche Dinge, aus meiner Sicht wäre das jetzt ein Schritt zu schnell und zu früh, wenn man hier flächendeckende Fußgängerzone prüfen würde, ohne dass man zum Beispiel über Ersatzlösungen, wie Sammelgaragen für die AnwohnerInnen und Ähnliches mehr, Lösungen hat. Das heißt, man würde somit wahrscheinlich die Lösung, dort eine Verkehrsberuhigung zustande zu bringen, mehr Urbanität, mehr Aufenthaltsqualität zusammenzubringen und damit auch einen wirtschaftlichen Aufschwung zusammenzubringen, wahrscheinlich wieder im Keime ersticken. Deswegen können wir von der grünen Fraktion den Abänderungsantrag nicht unterstützen. Bedanke mich jetzt schon für die Unterstützung zum eigentlichen Antrag (*Applaus Grüne*).

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (SPÖ) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ) angenommen.